

Dreisamtal ■ wie geht's?

Das Wichtige jetzt.

Jennifer Sühr, unsere Kandidatin aus dem Dreisamtal, über ihre Vorstellungen zur Landespolitik

Seiten 8 und 9



Straße unter Strom

Eine Vision fürs Dreisamtal

Seite 13



»
*Freiwilliges Engagement
ist der Motor
für eine lebendige
Demokratie* «

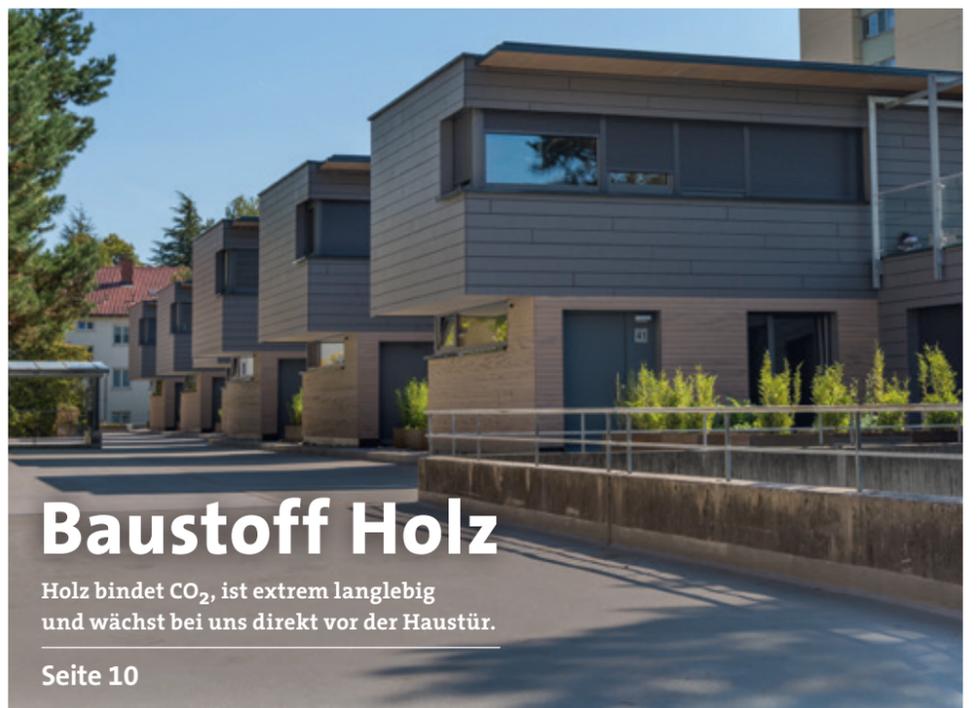
Franziska Giffey



Das ABC der Bildung

Digitalisierung
und krisenfestes
Klassenzimmer

Seiten 4 und 5



Baustoff Holz

Holz bindet CO₂, ist extrem langlebig
und wächst bei uns direkt vor der Haustür.

Seite 10

Die SPD Dreisamtal trauert um

Rüdiger Klar

In einem halben Jahrhundert Mitgliedschaft brachte er sich engagiert in Diskussionen und Wahlkämpfe ein. Sein Herz schlug für soziale Themen und sein wacher Verstand forderte stets zukunftsfähige Politik. Nach Rückschlägen machte er uns Mut, indem er uns als wohlge-muter, qualifizierter Hobbyastronom wieder den Griff nach den Sternen zeigte.

In Dankbarkeit für sein gesellschaftliches Engagement nehmen wir Abschied von Rüdiger.

SPD Ortsverein Dreisamtal
Jennifer Sühr

Impressum

Herausgeber
SPD Ortsverein Dreisamtal
Vorsitzende Jennifer Sühr
Kageneckstraße 3, 79252 Stegen
kontakt@spd-dreisamtal.de

Verantwortlich für den Inhalt
Bernd Engesser
Stellvertretender Vorsitzender OV Dreisamtal
St. Johannes Weg 8, 79199 Kirchzarten
kontakt@spd-dreisamtal.de

Redaktion und Projektteam
Sabine Beck, Wolfgang Brenneisen, Bernd Engesser,
Dagmar Engesser, Claudia Glissmann, Marlene Greiwe,
Klaus Kiesel, Stephanie von Köller-Roesky, Werner Konold,
Benny Rüdiger, Stefan Saumer, Hans Seybold, Simon Sturm,
Jennifer Sühr, Kristin Ulrich, Margret Wassermann

Druck
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
Klimaneutral gedruckt auf 80 g/qm Kriebcoat,
100% deinktes, chlorfrei gebleichtes Altpapier,
Umweltzeichen: Blauer Engel, FSC, PEFC, EU-Ecolabel

Auflage 13.000, Januar 2021

Bildnachweis
Dominik Sackmann S. 1/8
Adobe Stock S. 1/2/4/5/7/8/9/12/14/15/16
LABOR3 Architektur GmbH S. 1/13
Holzbau Bruno Kaiser GmbH, Foto Martin Granacher S. 1/10/11
Stefan Saumer S. 2/4/6
Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung S. 6
SPD 8/9
Werner Konold S. 11
Jonas Bloch Visualisierung und Weissenrieder Architekten S. 10
Bürger Energie St. Peter eG S. 12
Dagmar Engesser S. 14/15

SPD

Politik – geht's?

Was schreibt man, mit einem Jahr wie 2020 im Rücken? Liebe Leserinnen und Leser, ich hoffe Sie sind gesund und haben das Jahr hinter sich gebracht, ohne schmerzhaft Verluste zu erleiden. Ja, unsere Menschlichkeit und Solidarität wurden in den letzten Monaten sehr beansprucht. Da ist es schwer, noch Worte zu finden.

Die Politik stand dabei stark im Mittelpunkt. Anders als bei vielen politischen Themen in normalen Zeiten betrifft die Pandemie alle von uns. Und jeder reagiert anders darauf, aus verschiedenen Gründen. Dass das die politischen Entscheider und Entscheidungswege überfordert hat, ist nur verständlich. Eine solche Situation ist im politischen Prozess nicht vorgesehen. Politik ist nicht unfehlbar, vieles hätte besser laufen müssen. Die Politik war in einem Dilemma. Eine Pandemie ist nicht normal, sicherlich wurde in einigen Bereichen zu lange versucht, das Gewohnte und Normale aufrecht zu erhalten.

Vielleicht holen wir im Spätherbst dieses Jahres unsere Jacke aus dem Schrank, finden statt eines Taschentuchs eine zerknüllte Maske in der Jackentasche und können diese, wie sonst das Taschentuch, wegwerfen. Wenn wir alle zusammenhalten, kann das klappen. Bleiben wir solidarisch, auch wenn es sich nicht immer sinnvoll oder richtig anfühlt. Wir sollten uns vertrauen und versuchen, Teil der Lösung zu sein.

Im März sind Landtagswahlen, das scheint schon fast etwas unwirklich. Aber der demokratische Prozess geht weiter und das ist auch wichtig.

Sie lesen schon die dritte Ausgabe von „Dreisamtal – wie geht's?“, der Zeitung der SPD Dreisamtal. In der letzten Ausgabe haben wir Ihnen Jennifer Sühr bereits vorgestellt, unsere Kandidatin aus Stegen für die Landtagswahl. Sie möchte als Expertin für Bildung und Familienpolitik und mit Knowhow für Umwelt- und Verkehrspolitik frischen Wind in den Landtag bringen.

Sie finden aktuelle Informationen zu dem, was wir veranstalten, gestalten, debattieren und politisch erreichen möchten, auch im Internet unter www.spd-dreisamtal.de oder bei Facebook als [@spddreisamtal](https://www.facebook.com/spddreisamtal). Bei Instagram sind wir als [@spd.fuer.kirchzarten](https://www.instagram.com/spd.fuer.kirchzarten) unterwegs.

Wir freuen uns außerdem über Ihre Fragen, Anregungen und Informationen.

Schreiben Sie uns unter kontakt@spd-dreisamtal.de

Wir wünschen Ihnen ganz viel Freude beim Lesen! Bleiben Sie gesund!

Für das Redaktionsteam des SPD Ortsvereins Dreisamtal:

■ **Marlene Greiwe**

Ihnen gefällt diese Zeitung?

Dieses Projekt entstand ehrenamtlich in unserer Freizeit. Druck und Verteilung allerdings kosten. Wir freuen uns sehr, wenn Sie dieses Zeitungsprojekt mit einer Spenden an den SPD-Ortsverein Dreisamtal unterstützen: **IBAN DE49 6809 0000 0027 5001 02**

Wie Sie sicher wissen: 50% Ihrer Spende erhalten Sie dann als Steuerabzug wieder zurück!

Alles nur Wahlkampf!

Kontroverse Diskussionen sind anstrengend und Konsensfindung ist mühsam. Aber genau das macht unsere Demokratie aus.

Wer bestimmt eigentlich die Regeln, nach denen wir leben? In unserer repräsentativen Demokratie sind das gewählte Vertreter, die in den Parlamenten wie Bundestag, Landtag, Kreistag oder Gemeinderat stellvertretend für die Wähler die Politik gestalten.

Damit die Wähler sich entscheiden können, wer sie vertreten soll, müssen sie wissen, für welche Werte und Ideen die Menschen stehen, die sich zur Wahl stellen.

Leider ist zunehmend festzustellen, dass dieser Wettbewerb der Werte und Ideen negativ dargestellt wird. „Das ist ja nur Wahlkampf“ wird abwertend gesagt, wenn sich Vertreter von Parteien politisch äußern; leider ist das auch von gewählten Gemeinderäten, Landtags- und Bundestagsabgeordneten zu hören.

Ja, kontroverse Diskussionen sind anstrengend. Und ja, Konsensfindung ist mühsam. Aber genau das macht unsere Demokratie doch aus! Leider ist zu beobachten, dass genau das nicht mehr stattfindet.

Vor den Wahlen werden an Infoständen, in Flugblättern und in Veranstaltungen möglichst unverbindliche und inhaltsleere Aussagen gemacht, weil man niemandem weh tun und Konflikte vermeiden will.

Und nach der Wahl?

„Das ist doch nur Wahlkampf“ wurde auch einer gewählten SPD-Gemeinderätin unterstellt, die an einem Elternabend einer Betreuungseinrichtung teilnehmen wollte, um Kinderbetreuungsfragen zu besprechen. Es wurde ihr sogar nahegelegt, das zu unterlassen.

Mit der Aussage „Das ist ja nur Wahlkampf“ wird politisches Engagement abgewertet.

Ausschüsse, in denen die verschiedenen Ideen für Problemlösungen diskutiert werden, tagen fast immer nichtöffentlich. Als wären Wertediskussionen und unterschiedliche Lösungsansätze verwerflich. Als wäre es schlecht und ein Zeichen von Schwäche, wenn man in einer Diskussion seine Meinung auf Grund von Argumenten anderer ändert und einen Konsens findet. Oder, wenn man sich nicht einigt, auf Grund unterschiedlicher Meinungen unterschiedlich abstimmt.

Doch Demokratie braucht den Wettstreit von Ideen. Dafür sind unter anderem Parteien verantwortlich. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ So steht es in Artikel 21 des Grundgesetzes. Und dies gilt nicht nur kurz vor Wahlen, dies gilt immer. Das Grundgesetz erkennt die Parteien demnach als verfassungsrechtlich notwendige Instrumente an und hebt sie in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution. Sie bilden die Zwischenglieder zwischen den Bürgern und dem Staat.

Wir von der SPD Dreisamtal nehmen diesen Auftrag des Grundgesetzes ernst. Deshalb organisieren wir unabhängig von Wahlterminen regelmäßig Diskussionen, auch und gerade zu kontroversen Themen. Deshalb nehmen wir öffentlich Stellung. Deshalb stellen wir Anträge in den Parlamenten. Deshalb veröffentlichen wir, schon zum dritten Mal, diese Zeitung.

Notwendig ist die tägliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen, Ideen und Werten. Wir führen diese Diskussionen, auch wenn es den lokalen Vertretern der anderen Parteien nicht passt. Ja, wir stören die Ruhe. Mit Absicht!

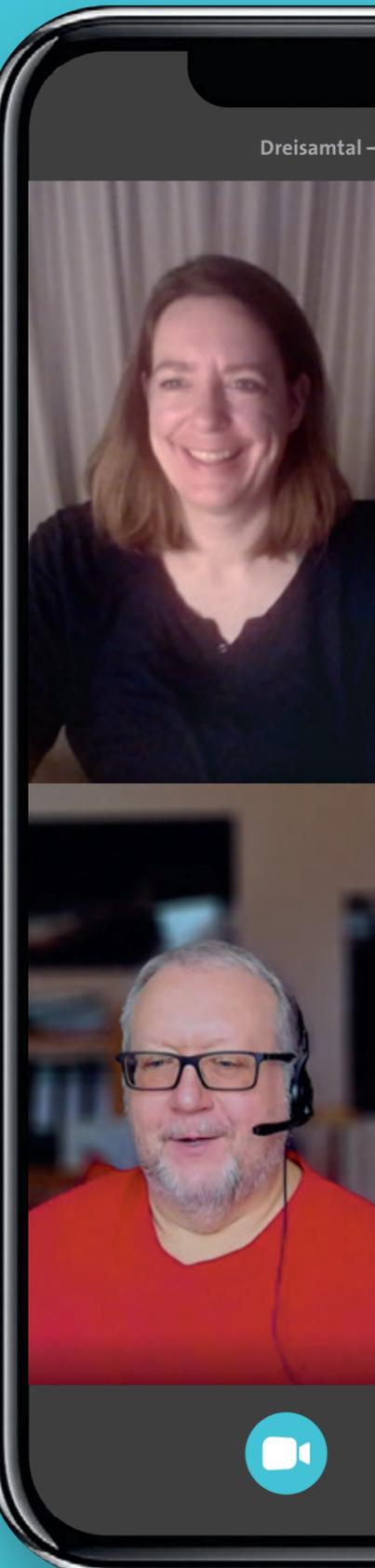
Wahlkampf muss jeden Tag stattfinden, unabhängig davon, ob gerade Wahlen anstehen. Demokratie braucht die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Interessen, Ideen, Meinungen und Werten. Nicht nur mit Schlagworten vor Wahlen, sondern permanent mit inhaltlichen Diskussionen. In diesem Sinne freue ich mich auf den Landtagswahlkampf. Und hoffe, dass er nicht nach der Wahl endet.

Im Gespräch, in der Auseinandersetzung um Werte und Ideen finden wir Lösungen; natürlich miteinander!

■ **Bernd Engesser**



Wir sollten uns vertrauen und versuchen, Teil der Lösung zu sein. <<



Demokratie braucht den Wettstreit von Ideen. Dafür sind unter anderem Parteien verantwortlich. <<

Vertane Chance der Gemeinde Stegen

Der Gemeinderat lehnte Antrag auf Einstellung eines/r Klimaschutzmanagers/in ab



Wir hätten fast die doppelte Leistung für das gleiche Geld bekommen! <<

Der Gemeinderat Stegen befasste sich in seiner Sitzung am 1. Dezember 2020 mit dem Konzept des Arbeitskreises Klimaschutz Stegen zur Einstellung eines/r Klimaschutzmanagers/in auf einer halben Stelle, die dann beim Fördermittelgeber noch in 2020 beantragt werden sollte.

Wichtig zu wissen ist, dass Stegen bei Antragstellung als einzige Gemeinde im Dreisamtal ein gültiges Klimaschutzkonzept vorlegen kann, was den Zugang zu einer besonders hohen Förderquote von 75% auf drei Jahre ermöglicht hätte. Insofern bestand die berechtigte Hoffnung, die Gemeinde Stegen würde die Gelegenheit beim Schopf packen und eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einnehmen. Leider war dem nicht so. Der Gemeinderat lehnte den Antrag mehrheitlich ab.

Das vom Gemeinderat 2018 verabschiedete Klimaschutzkonzept stellt die strategische Grundlage für eine energie- und klimapolitische Ausrichtung der Gemeinde Stegen für die nächsten Jahre dar und enthält einen konkreten Maßnahmenkatalog. Die Schaffung eines kommunalen Klimaschutzmanagements sollte vor allem CO₂ vermindern, wirtschaftlicher sein und die regionale Wertschöpfung erhöhen.

Warum war gerade Ende 2020 der richtige Zeitpunkt?

- Starke Förderung durch den Bund in Höhe von 75 % über 3 Jahre
- Aufgabe des Klimaschutzmanagements ist auch die Berücksichtigung von Energie- und Klimaschutzbelangen in Neubauplanungen (Baugebiet Oberbirken)
- Erstellung Mobilitätskonzept
- Fortschreibung eines Energiekonzepts
- Begleitung von Quartierskonzepten

Ursprünglich sollte das Klimaschutzmanagement möglichst in allen Gemeinden des Dreisamtales parallel starten.

Da jedoch das Klimaschutzkonzept von Kirchzarten erst noch aktualisiert werden muss und auch die anderen Gemeinden Vorarbeiten zu erledigen haben, war Ende 2020 nur Stegen in der Lage, die Förderung eines Klimaschutzmanagements zu beantragen. Die anderen Gemeinden könnten zu einem späteren Zeitpunkt einsteigen.

Aufgrund der Förderrichtlinien wäre es für die Gemeinde Stegen sogar günstiger gewesen, den/die Klimaschutzmanager/in zunächst als einzige Gemeinde mit einer 50 % Stelle vorzusehen. Um sich für eine 75 % Förderung der Personal- und Sachkosten zu qualifizieren, wäre jedoch ein Antrag noch vor Ende des Jahres erforderlich gewesen.

Das Zeitfenster für diese Variante hat sich jedoch geschlossen.

Möchte die Gemeinde Stegen zukünftig allein oder mit anderen Gemeinden in das kommunale Klimaschutzmanagement einsteigen, muss sie zunächst ihr Klimaschutzkonzept für ca. 5.000 Euro durch ein externes Büro aktualisieren lassen. Erst dann kann ein Zuschussantrag gestellt werden, aber mit schlechteren Konditionen: Die Höhe der Zuschüsse beträgt dann nur noch 65 % und das nur für die Dauer von zwei statt drei Jahren.

Im Vergleich dazu hätten die Kosten eines Klimaschutzmanagements für Stegen bei der Beantragung einer 50 % Stelle für 3 Jahre noch rechtzeitig im Jahr 2020 ca. 10.000 Euro pro Jahr betragen. Die Kosten ab 2021 zusammen mit den anderen Dreisamtalgemeinden und einer auf 25 % reduzierten Stelle für zwei Jahre liegen nur wenig darunter.

Stegen hätte bei einem frühen Alleingang also fast die doppelte Leistung für das gleiche Geld bekommen.

Die Kommunen sind der Schlüssel zum Erreichen der Klimaziele. Die Entscheidung des Stegener Gemeinderats ist sehr bedauerlich. Die aktuellen umweltpolitischen Probleme müssen bearbeitet werden, ob wir wollen oder nicht!

■ Claudia Glissmann

Finanzielle Schockstarre durch Corona

Wie finden wir in den Kommunen zu kreativen Lösungen?

Es ist Januar, Januar 2021. Wie jedes Jahr und auf allen politischen Ebenen stehen die „Haushaltsberatungen auf der Tagesordnung. Ein Spaß für Jung und Alt!“ Naja, von Spaß kann man wohl eher nicht reden. Nicht im „Corona-Jahr“ 2021 und schon gar nicht an der Basis politischen Wirkens, auf kommunaler Ebene.

Als Mitglied des Finanzausschusses nehme ich in diesem Jahr zum zweiten Mal an der Haushaltsberatungen in Kirchzarten teil. Manch einer vermag gar von „Haushaltsverhandlungen“ sprechen. Leider wird es, besonders dieses Mal, wenig bis nichts zu „verhandeln“ geben. Warum?

Den Kommunen sind die Hände gebunden und das nicht erst seit „Corona“. Eine der Haupteinkommensquellen sind Zuweisungen und Umlagen vom Land, in unserem Fall also aus Stuttgart von der Landesregierung. Und genau hier „liegt der Hund begraben“. Man kann sich als Gemeinderat längst nicht mehr dem Gefühl entziehen, dass von Landesebene zwar munter Vorgaben gemacht werden, was Qualität und Umsetzung der sogenannten Pflichtaufgaben einer Gemeinde (z.B. Kinderbetreuung in Kitas) angeht, die finanziellen Zuweisungen hierfür aber immer geringer werden, bzw. einfach nicht mehr ins Verhältnis passen. Ein Gefühl von Ohnmacht macht sich breit. Die Reaktionen reichen von Resignation über „Hände-in-den-Schoß-legen“ bis hin zum Warten auf bessere Zeiten. Ich finde das falsch! Tun wir nichts, geht gesellschaftlich zu viel kaputt. Sozialer Wohnbau, Kinderbetreuung, Schulbildung (Schulsozialarbeit), Inklusion, Integration, Vereinskultur, Zusammenleben im Ort...

alles soll dank Corona nur noch auf die ganz wesentlichen Pflichtaufgaben reduziert werden? Das soziale Gefüge in den Kommunen, Lebensqualität, sowie die Bildungsstandards drohen abzurutschen. Wer bezahlt die Spätfolgen einer solchen kommunalen Politik? Eines solchen kommunalen Nichtstuns?

Hinzu kommt, dass die Pandemie, so schlimm sie auch ist – um mit Schäuble zu reden – nicht unser größtes Problem ist. Das ist der Klimawandel, der Verlust der Artenvielfalt. Da sind Hunger und Elend in der Welt, Terrorismus und außenpolitische Krisen ohne Ende.

Doch was können wir tun, um das Gemein(de)-wohl weiter auf dem Niveau halten zu können, wie wir es gewohnt sind?

Auf der Aufwandsseite einzusparen geht immer nur mit einer Absenkung des gewohnten Standards. Nun ist diese Absenkung in einzelnen Bereichen vielleicht gar nicht mal so schmerzhaft, manches mag man vielleicht ohnehin als „Luxus“ bezeichnen. In ganz vielen wichtigen Bereichen bezahlen wir Einsparungen (und die damit einhergehenden Standardabsenkungen) heute, morgen dann doppelt und vielleicht auch dreifach. Spontan fallen mir da Bereiche wie Bildung/Erziehung, Inklusion, Integration, Kultur und Sport ein. Harte Einsparungen in diesen Bereichen verursachen über kurz oder lang schwere gesellschaftliche Defizite und ganz am Ende sinkt nicht nur die Lebensqualität in Kirchzarten, sondern letztlich bricht die Einnahmeseite noch mehr ein und wir werden als Gemeinde noch „ärmer“.

Ich persönlich will mich aber einfach nicht in dieser Ohnmacht ergeben. Wo kommen wir denn hin, wenn alle einfach in Schockstarre verfallen. Fortschritt entsteht immer nur mit Mut, Kreativität und aus der Vergangenheit kann man ja lernen: nicht selten waren Krisen daran schuld, dass es vorwärts ging!

Warum nicht die Einnahmeseite verbessern? Warum nicht als Kommune kreativ werden und gemeinsam (!) mit Verwaltung, Gemeinderat und Bevölkerung nach alternativen Möglichkeiten suchen?

Dass seitens des Gesetzgebers Kommunen wenig bis kein Handlungsspielraum eingeräumt ist, um „kreativ“ die Einnahmeseite zu verbessern weiß ich zwar, die Logik dahinter kann ich aber absolut nicht verstehen.

Die EWK ist doch ein gutes und erfolgreiches Beispiel. Das war/ist doch irgendwie auch eine „kreative Lösung“, welche die Gemeindekasse von außen „bezuschusst“. Kann man nicht in eine solche Richtung mal weiterdenken und schauen, ob sich ähnliche Möglichkeiten auch in anderen Bereichen auftun lassen könnten? Warum nicht auch mehr gesellschaftliches Engagement wagen? Bürgergenossenschaften zum Beispiel sind andernorts auch keine Seltenheit mehr ...

■ Benny Rudiger



Warum nicht mehr gesellschaftliches Engagement wagen? Bürgergenossenschaften zum Beispiel sind andernorts auch keine Seltenheit mehr. <<

- was geht?



Nicht selten fehlt es an Medienkompetenz

Die Digitalisierung der Schulen muss eine ständige Ergänzung zum Unterricht darstellen.

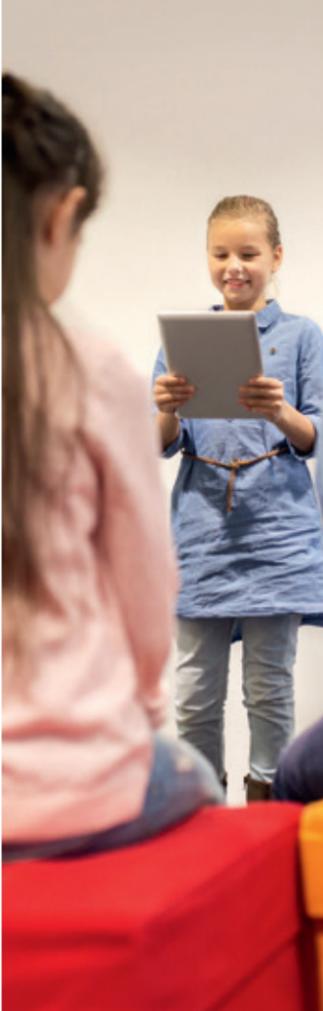
Wenn es in den Nachrichten um das Thema Digitalisierung an Schulen geht, wird zum größten Teil über W-LAN Anschlüsse, Tablets für Schüler und Laptops für Lehrkräfte gesprochen. Es wird darauf gedrungen, die Schulen so schnell wie möglich technisch aufzurüsten, da Deutschland international weit hinterher hängt. Doch selbst wenn die Schulen bestens ausgerüstet sind, hat deshalb noch lange nicht jedes Kind zu Hause einen Internetanschluss, und wenn dann nicht immer mit Flatrate.

Soviel zur Infrastruktur. Nun muss man sich bei der ganzen Diskussion auch fragen: Wozu eigentlich die Digitalisierung des Unterrichts?

Die COVID-19-Pandemie gibt hierauf zunächst eine Antwort: „Homeschooling“, das ist der Unterricht von zu Hause aus. Nachdem die Schulen wegen des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 schließen mussten, bot das Internet Plattformen und Kommunikationsmittel an, damit die Schüler*innen auch zu Hause unterrichtet werden konnten. Soweit die Theorie.

Die Praxis war für die meisten Schulen, für Lehrkräfte, Schüler*innen und deren Eltern ein Sprung ins kalte Wasser. Die Eltern mussten sich nun auch selbst als Unterrichtende versuchen. Schnell wurde deutlich, dass es an Ausstattung und Infrastruktur fehlte, an Lernplattformen und den passenden Konzepten der Umsetzung des digitalen Lernens. Zudem haben Lehrkräften oft auch nicht die entsprechenden Fortbildungen. Die Nutzung von Computern und Internet an Schulen schien sich bisher auf den Umgang der gängigen Schreib-, Rechen- und Präsentationsprogramme zu begrenzen.

Bildung im digitalen Zeitalter – Digitalisierung als Thema und Medium im Unterricht



Die heutige Generation der „Digital Natives“ wächst aber mit den neuen Medien auf. Die Jugendlichen wissen, wie man ein Smartphone bedient, vernetzen sich über Kurznachrichtendienste wie Whatsapp und soziale Netzwerke wie Facebook oder Instagram. Gerade weil sie mit dem Internet aufwachsen, können sie sich eine Welt ohne Internet nur schwer vorstellen und sind sich deren Einflüssen zu wenig bewusst.

Wissen auch die Eltern was ihre Kinder im Internet machen und wo sie dort unterwegs sind? Wissen sie, dass auch schon kleine Spieleapps die Nutzerdaten der Kinder sammeln und ihnen gezielte, teils personalisierte Werbung zusenden? Wenn es um Datenschutz geht, heißt es oft: „Ist doch egal, ich habe nichts zu verbergen“. Dass ihre Kinder über das Internet Zugang zu nicht jugendfreien Videos und Bildern haben können, wissen die meisten Eltern allerdings mittlerweile. Und es gibt entsprechende Programme, die den Zugang zu bestimmten Inhalten im Internet begrenzen.

Aber auch Mobbing hat durch soziale Netzwerke und Kurznachrichtendienste eine neue Dimension erreicht. Es verfolgt Schüler*innen nun vom Schulhof bis nach Hause. Die zunehmende Selbstinszenierung der Jugendlichen über soziale Netzwerke verstärkt den Druck, einem bestimmten Ideal zu entsprechen. Bilder werden mit Computerprogrammen geschönt und gaukeln den Jugendlichen ein Aussehen vor, was nicht der Realität entspricht.

Smartphone, Tablet und Computer als Medien des Internets sind auch nicht grundsätzlich

schlecht, sondern bieten zahlreiche Möglichkeiten der Nutzung, ebenso wie es gute und schlechte Bücher gibt. Und einen Marktplatz kann man für eine rechtsextreme Kundgebung verwenden oder eben auch für eine Friedensdemo. Das Internet wird von den Kindern meist konstruktiv genutzt. Sie erstellen Videos mit Anleitungen oder Tipps zu verschiedenen Themen und stellen sie auf YouTube ein, oder sie lernen es von anderen Jugendlichen. Es gibt Programme und viele Möglichkeiten kreativ zu sein, zum Beispiel Bilder zu malen oder Musik zu machen.

Was also an Schulen oft fehlt, ist Medienkompetenz! Nicht erst seit Beginn der COVID-19-Pandemie, sondern spätestens seitdem jedes Kind ein Smartphone hat, ist es wichtig, die digitalen Medien in den Unterricht zu integrieren und alle müssen den richtigen Umgang mit dem Internet erlernen. Dazu gehört auch das richtige Maß der Nutzung, denn Internet kann auch süchtig machen oder überfordern. Es stellen sich folgende Fragen: Welche Quellen sind online vertrauenswürdig und seriös? Wie bildet man sich hier seine eigene Meinung? Wie wird der Nutzer durch die Algorithmen, Filterblasen und Echo-kammern in den sozialen Netzwerken beeinflusst? Diese Themen sollten fester Bestandteil des Lehrplans werden. Der Austausch zwischen Eltern und Kindern sowie Eltern und Lehrkräften ist für den richtigen Umgang mit dem Medium Internet wichtig. Die Digitalisierung der Schulen muss um der Kinder Willen ständige Ergänzung zum jetzigen Unterricht darstellen. Das geht nur zusammen mit allen Beteiligten und über die Lehrpläne.

■ Simon Sturm

Kinderbetreuung – was geht?

Ein Bericht aus dem Gemeinderat Kirchzarten

Die SPD Fraktion im Kirchzartener Gemeinderat hat in der Gemeinderatssitzung vom 24.9.2020 einen Antrag* zur „Durchführung eines Austausches zum Thema zukünftige Kinderbetreuung“ gestellt. In unserer Begründung haben wir hervorgehoben, dass sich die Anforderungen und Auflagen der Kinderbetreuung (Bildungseinrichtung) in den letzten Jahren erheblich verändert haben, u.a. durch die Vorgaben des KVJS (Kommunalverband für Jugend und Soziales) und durch die Bedürfnisse von Eltern und Kindern. Zur Diskussion stehen die Neuordnung der Gebühren- und Kostenstruktur, die Veränderung des Anmeldeverfahrens, online und mit mehr Transparenz, die Flexibilität der Betreuungszeiten und die begleitende Beratung des Prozesses durch ein externes Beratungsbüro. Der Gemeinderat hat unserem Antrag zugestimmt. Ein erstes Treffen im November musste leider coronabedingt abgesagt werden. Die geplanten Gesprächsthemen* können auf der Webseite des SPD-Ortsvereins oder im Ratsinformationssystem der Gemeinde nachgelesen werden.

Unter finanziellen Aspekten betrachtet ist die demographische Entwicklung und die daraus resultierende **Kindergartenbedarfsplanung 2021** ein weiterer Diskussionspunkt, legt diese Planung doch am Ende fest, wie viele neue Plätze, Gruppen und Einrichtungen wir benötigen. In der Sitzung vom 17.12.2020 hat der Gemeinderat beschlossen, diese Aufgabe erstmals extern an die Kommunalentwicklung GmbH zu vergeben*. Neben der Bevölkerungsvorausrechnung bis 2035 wird es qualitative und quantitative Bestandsanalysen geben, aus denen schlussend-

lich die Bedarfsberechnung abgeleitet wird. Der Gemeinderat hat der angebotenen Grundleistung in Höhe von 10.021,24 Euro zugestimmt. Wir von der SPD Fraktion hätten gerne ein umfangreicheres Leistungsangebot, in Anspruch genommen, die in moderierten Veranstaltungen mit allen Beteiligten auch betriebliche, räumliche und konzeptionelle Aspekte beleuchtet, bis hin zu einer Klausur und Präsentation der Ergebnisse im Gemeinderat.

Der **Naturkindergarten auf dem Ruhbauernhof** ist gestartet. Da alle angemeldeten Kinder eine Eingewöhnungszeit haben, werden gerade fünf Kinder rund um den Bauernhof und im Bauwagen betreut (Stand Dezember 2020). Die nächsten Bauernhof-Kindergarten-Kinder warten aber schon sehnsüchtig auf ihren Start. Die beiden engagierten Erzieherinnen gestalten den Tagesablauf entsprechend der Gegebenheiten. Die Kinder erleben die Natur und die Tiere hautnah und intensiv.

Durch Engagement von Eltern wurde im Januar und im Dezember 2020 ein **Fragenkatalog** an die Eltern der Gemeindekindergärten, der Grundschule Kirchzarten und der Tarodunumschule verschickt. 303 Eltern haben daran teilgenommen. Fragen, ob die Betreuungsangebote zum persönlichen Bedarf passen, welche aktuellen Betreuungsangebote besonders gut sind oder verbessert werden könnten, ob die Betreuungsgebühren einkommensabhängig berechnet werden sollten und die Notwendigkeit von mehr Flexibilität bei der Betreuungsbuchung mit der Bereitschaft dafür auch mehr zu bezahlen, wur-

Bei einer Erweiterung des Kindergartens Zarten nach Osten bleibt der beliebte Bolzplatz erhalten.



den von den Eltern anonym beantwortet. Laut einer Initiatorin waren die Antworten sehr konstruktiv! Das Ergebnis wird sicher auch bei dem hoffentlich bald stattfindenden Gremium „Austausch Kinderbetreuung“ einfließen. Vielen Dank an die beiden Initiatorinnen und die teilnehmenden Eltern!

In Zarten stehen **Erweiterung, Umbau und Sanierung des Kindergartens** an. Aufgrund der nicht mehr zeitgemäßen Ausstattung und Mangel an Gruppen-, Hygiene-, Personal-, Schlafräumen und einem Speiseraum, war die Betriebserlaubnis bis zum 30.9.2020 befristet. Auch für eine weitere U3-Gruppe sollte Raum geschaffen werden. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile hat sich der Gemeinderat für die Erweiterung in Richtung Osten entschieden*. Der bauliche Eingriff in den schönen Garten stellt natürlich einen Wermutstropfen dar! Ein kleiner Lichtblick trotzdem, viele Bäume bleiben erhalten und der beliebte öffentliche Bolzplatz auf dem Gelände muss nicht verlegt werden, was bei der Süderweiterung notwendig geworden wäre. Die Erfahrungen des Kindergartens Don Bosco, bei laufendem Betrieb Umbau- und Sanierungsarbeiten durchzuführen, können in Zarten von Nutzen sein. Wenn alles gut läuft dürfen wir auf ein Einweihungsfest Ende 2023/Anfang 2024 hoffen.

■ Sabine Beck

* Die im Text erwähnten Gesprächsthemen und Vorlagen aus den Gemeinderatssitzungen finden Sie auf www.spd-dreisamtal.de



In meiner Nachbarschaft gibt es einen Garten, wie er schöner nicht sein könnte. Es ist keiner dieser englischen Gärten, in welchen die Pflanzen in Reih` und Glied und ordentlich gestutzt stehen. Vielmehr ist es ein Garten, der vor Vielfalt nur so leuchtet und zu jeder Jahreszeit auf seine Art schön ist.

Wer selbst einen Garten hat weiß: Dies schafft man nur mit viel Pflege, Hingabe und gewissen Grundkenntnissen.

Ähnlich verhält es sich mit unseren Kindern: Sie bringen bereits sehr viel Freude, Begeisterungsfähigkeiten, Kreativität und einige Fähigkeiten mit auf diese Welt. Unsere Aufgabe ist es, diese zu erhalten und zu fördern.

Die Aufgabe der Politik ist es, ein Bildungssystem anzubieten, das allen Kindern ermöglicht, ihre individuellen Stärken auszubauen und neue zu entwickeln. Dadurch unterstützt Schule die Kinder bei ihrem Weg in unserer Gesellschaft zu mündigen und selbstbewussten Bürger*innen, die sich aktiv in unser Gemeinwesen einbringen. Allerdings wurde dies lange Zeit vernachlässigt. Glücklicherweise ist die Zeit vorbei, in der Schüler*innen Angst haben mussten, zur Schule zu gehen. Dennoch ist unser allgemeines Schulsystem ausgerichtet auf die Prinzipien und die Strukturen des 19. Jahrhunderts, während die Welt sich seitdem tiefgreifend verändert hat. Insbesondere Digitalisierung und Inklusion im Schulsystem erfordern neue Konzepte und Vorgehensweisen auf bildungspolitischer, -theoretischer und -praktischer Ebene.

Deshalb brauchen wir neue Strukturen.

Die Gemeinschaftsschulen nehmen diese Aufgaben als positive Herausforderungen an und definieren Schule dadurch neu. Unter dem SPD geführten Kultusministerium von 2011 bis 2016 entstanden die ersten Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg. Diese haben insbesondere bei den weiterführenden Schulen das pädagogische Verständnis grundsätzlich auf den Kopf gestellt: Lehrer*innen wurden zu Gestalter*innen von Lernarrangements, zu Lernbegleiter*innen, zu Impulsgeber*innen und zu „Gärtner*innen“.

Mit Gemeinschaftsschulen in die Zukunft

Warum wir Schule neu denken müssen, um unsere Kinder fit für die Zukunft zu machen.



Wir müssen das Rad nicht neu erfinden. Wir sollten nur handeln. Und zwar jetzt.

(vgl. „#Bildung for future“, „Schule im Aufbruch“ und „4-UNESCO-Säulen der Bildung“)

Die Gemeinschaftsschulen haben sich aufgemacht, um sich von einheitlichen Klassenzimmern und Frontalunterricht hin zu Schulen zu entwickeln, die Lernorte anbieten und Lernen von- und miteinander auch wirklich umsetzen. Damit entsteht ein Weg von einem „Acker der Monokultur hin zu einem Garten der Vielfalt“.

Die Schule der Zukunft muss unsere Kinder darin befähigen, ihr Potenzial zu entfalten, damit sie auf unsere sich schnell verändernde Welt vorbereitet sind. Die Grundprinzipien dafür hat die UNESCO mit den „vier Säulen der Bildung“ für das Lernen im 21. Jahrhundert definiert:

- Lernen, Wissen zu erwerben
- Lernen, respekt- und verantwortungsvoll zusammenzuleben
- Lernen, zu handeln und das Erlernte umzusetzen
- Lernen, sich selbst zu sein und das eigene innere und äußere Leben aktiv zu gestalten

Natürlich kommt es immer auf den oder die einzelnen Lehrer*in an. Die Bedeutung der einzelnen Lehrkräfte hat vor allem auch die berühmte „Hattie-Studie“ (2009) verdeutlicht. Aber auch diese Lehrer*innen benötigen Rahmenbedingungen, um gut arbeiten und auf die heutigen Herausforderungen reagieren zu können. Gerade in den weiterführenden Schulen müssen wir Schule neu denken und als umfassenden und ganzheitlichen Lernort begreifen, der mit vielen außerschulischen Partnern wie Vereinen, Ausbildungsbetrieben oder Kirchen zusammenarbeitet. Viele Beispiele guter Praxis haben sich in den Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg entwickelt, die sich regelmäßig unter den Nominierten und Preisträgern des Deutschen Schulpreises befinden.

■ Jennifer Sühr

In unsicheren Zeiten brauchen wir Menschen und insbesondere Kinder Sicherheit. Aus diesem Grund sind wir Eltern in den vergangenen Monaten sehr damit beschäftigt, unsere irritierten Familiensysteme (verursacht durch die Pandemie), ins Gleichgewicht zu bringen. Damit dies gelingt, benötigen wir jedoch klare und verlässliche Konzepte von Seiten der Bildungspolitik.

Niemand erwartet, dass inmitten einer Pandemie all die Lücken, die unser Schulsystem hat, wie z.B. die verschlafene Digitalisierung unserer Schulen, aufgeholt werden können. Und bis zum Sommer 2020 war auch das „Fahren auf Sicht“ nachvollziehbar. Jedoch spätestens im September hätte jedem Menschen mit politischer Verantwortung klar sein müssen, dass wir uns in einer neuen Normalität befinden und man hierfür Lösungen präsentieren muss.

Man kann von einer Kultusministerin also durchaus erwarten, dass sie die Probleme ebenfalls sieht und diese angeht. Doch weit gefehlt.

Statt neuen Ideen und tragfähigen Konzepten wird auf dem Rücken der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen, ein Machtkampf ausgetragen.

Statt Lehrer*innen, Schüler*innen, Eltern und dem Bildungsanspruch an sich endlich die Wertschätzung und Sicherheit entgegenzubringen, die dieser Bereich verdient, ruht sich unsere Kultusministerin auf einer konservativen und rückwärtsgewandten Politik aus, die den Ernst der Lage verkennt und Schulen „unabhängig vom Inzidenzwert“ (Susanne Eisenmann, 29.12.2020) öffnen möchte.

Das ABC der Bildung: Sicherheit. Flexibilität. Klare Konzepte.

Und das alles, obwohl es so viele Möglichkeiten gibt und die Ideen hierfür auf dem Tisch liegen. Bereits im Mai 2020 hat Andreas Stoch, MdL der SPD, Spitzenkandidat und ehemaliger Kultusminister einen Fahrplan vorgelegt, wie Bildung unter Pandemiegeschehen aussehen kann.

Angepasst an die aktuelle Situation sind dies unsere Vorschläge für ein „Krisenfestes Klassenzimmer“:

- Entzerrung des Unterrichts und dessen Beginns
- Unterricht in kleinen Gruppen oder in A- und B- Wochen, kombiniert mit digital gestütztem Unterricht
- Digitaler Unterricht nach Stundenplan für die älteren Jahrgänge
- Sicherheit für die Lehrkräfte durch eine gute Ausstattung mit FFP-2 Masken (auch der Grundschullehrer*innen) und regelmäßige Testmöglichkeiten
- Überprüfung und Anpassung der Lehrpläne sowie Festlegung von A-Inhalten (in jedem Fall zu unterrichten) und B-Inhalten (optional zu unterrichten)

Wir befinden uns in einer neuen Normalität und müssen hierfür Lösungen präsentieren.



Regelmäßige Testmöglichkeiten und FFP-2 Masken sollten zur Selbstverständlichkeit werden.



- Klare und zuverlässige Kommunikation gegenüber den Rektor*innen und Lehrkräften
- Einen Runden Tisch mit Kommunen, Gewerkschaften, Verbänden, Schüler*innen und Eltern, für eine Kommunikation auf Augenhöhe und zur Entwicklung von verlässlichen und partnerschaftlichen Konzepten.

Zehn Monate nach dem ersten Lockdown bin ich mir als Mutter, Pädagogin und Politikerin sicher, dass ein Plan, der abhängig von den Inzidenzzahlen ist, hätte entwickelt werden können und dass es mehr Möglichkeiten gibt als: „Schule auf oder Schule zu“. Für die Umsetzung von alternativen Konzepten benötigt es allerdings den politischen Willen.

■ Jennifer Sühr

„Unser Wahlkreis braucht eine SPD-Abgeordnete“

Ein Interview mit Jürgen Meyer

Jürgen Meyer wohnt in Kirchzarten und ist seit 1970 Mitglied der SPD. Er war von 1976 bis 1980 für den Wahlkreis Freiburg I Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg und von 1990 bis 2002 Bundestagsabgeordneter. „Dreisamtal – wie geht's“ hat mit ihm gesprochen.

Jürgen, du hast im Jahr 1976 als Erster für die SPD ein Landtagsmandat in einem doch sehr schwarzen Freiburger Wahlkreis erobert. Hast du selbst denn damals damit gerechnet, in den Landtag einzuziehen?

Jürgen Meyer: Nein, damit konnte niemand rechnen. Der neue Wahlkreis war geradezu maßgeschneidert für den CDU-Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger. Die östlichen Stadtteile von Freiburg und dem Hochschwarzwald galten als sichere CDU-Stimmenbringer. Außerdem konnte Filbinger mit seinem Amtsbonus punkten. Deshalb war das SPD-Wahlergebnis eine landesweit beachtete Überraschung: 19.956 Stimmen, das waren 30,7 % aller Stimmen im Wahlkreis.

Wie erklärst du dir diesen Wahlerfolg?

Von vielen Faktoren möchte ich nur drei hervorheben:

Erstens hatte ich eine großartige Wahlkampfmannschaft, die schon in der Kommunalwahl von 1975 beim erstmaligen und gleich erfolgreichen Auftreten einer SPD-Liste in Kirchzarten (3 Sitze im Gemeinderat und viele Ortschaftsräte) erste Erfahrungen gesammelt hatte und mich zum Beispiel bei mehr als 1000 Hausbesuchen im ganzen Wahlkreis unterstützt hat.

Zweitens haben wir den populistischen Wahlkampf von Filbinger, der die SPD mit der Parole „Freiheit statt Sozialismus“ in die linke Ecke zu drücken suchte, mit einem von Erhard Eppler



Wahlkampf anno 1976. Damals hat Jürgen Meyer als Erster ein Landtagsmandat für die SPD erobert.



konzipierten inhaltlichen Konzept erwidert. Dabei haben wir die von Eppler postulierte Vereinbarkeit von Arbeit und Umwelt, also von Ökonomie und Ökologie, lokal und regional konkretisiert. Etwa durch das „Nein“ zur Schwarzwaldautobahn und stattdessen die von uns geforderte Erhaltung der vor der Stilllegung stehenden Höllentalbahn, durch das „Nein“ zu Filbingers Projekt eines Atomkraftwerkes in Wyhl und stattdessen eine von uns geforderte neue umweltschonende Energiepolitik oder die Befürwortung neuer umweltfreundlicher Arbeitsplätze im geplanten Kirchzartener Industriegebiet.

Drittens ging es darum, die nicht überraschende Taktik Filbingers zu durchkreuzen, der seine relativ unbekanntem Gegenkandidaten konsequent ignorierte und sich bei den üblichen Podiumsdiskussionen entschuldigen oder vertreten ließ. Deshalb habe ich mit vorheriger öffentlicher Ankündigung („Jürgen Meyer spricht mit Herrn Filbinger“) eine CDU-Kundgebung in der Festhalle in St. Peter besucht und mich nach der Wahlkampfede des Ministerpräsidenten in der anschließenden Fragerunde zu Wort gemeldet. Daraufhin schaltete der Veranstaltungsleiter in öffentlicher Absprache mit Filbinger das Saalmikrofon ab und erklärte: „Wir lassen nicht durch den hergelaufenen Kandidaten einer XY-Partei unsere Veranstaltung umfunktionieren.“ Glücklicherweise konnte das vor mir befindliche Mikrofon des Südwestrundfunks, das den Vorgang live übertragen hat, nicht abgeschaltet werden, so dass die Hörer*innen meine Frage gut verstehen konnten: „Herr Ministerpräsident, sind Sie damit einverstanden, dass die älteste Partei Deutschlands als xy-Partei diffamiert wird?“ Das Schweigen Filbingers wurde allgemein als Zustimmung verstanden.

Die heftigen Debatten nach diesem Vorfall haben mir vor allem in Freiburg sehr geholfen. Der SPD-Gegenkandidat konnte nicht mehr ignoriert werden.

Was macht Landespolitik für Dich aus?

Die größte Bedeutung hat Landespolitik durch die Kulturhoheit der Länder. Diese sind für den gesamten Bildungsbereich vom Kindergarten über alle Schulen, bis zu den Universitäten zuständig. Deshalb macht es Sinn, dass der SPD-Spitzenkandidat Andreas Stoch als früherer Kultusminister bewiesen hat, dass er mit großer Kompetenz für eine bessere Politik in diesem Bereich steht. Wichtig ist natürlich auch die Zuständigkeit der Länder für Polizei und Justiz unterhalb der vergleichsweise wenigen Bundesbehörden. Und schließlich gestalten die Länder über den Bundesrat auch die Bundespolitik mit.

Warum braucht dieser Wahlkreis eine SPD-Abgeordnete?

Jennifer Sühr hat mich schon vor ihrer Wahl zur SPD-Kandidatin durch ihre Sachkompetenz und großes Engagement überzeugt. Eine bessere Politik und nicht zuletzt bessere Familienpolitik, auch im Wahlkreis, gelingt außerdem nur durch mehr Frauenpower im Landtag.

Was möchtest du Jenny als Wahlkampf-Tipp mitgeben?

Ich fände einen offensiven Wahlkampf gut, in dem klargemacht wird, dass es im Wahlkreis um eine gerechtere und solidarischere Politik geht.

Jennifer kann selbstbewusst darauf hinweisen, dass sie durch Lebenslauf und Beruf im Wortsinne „selbstverständlich“ Sozialdemokratin ist.

Die SPD und die Arbeiterbewegung

Eine 150-jährige Geschichte

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist eng verknüpft mit der deutschen Demokratie. Die Industrialisierung setzt im 19. Jahrhundert ungeheure Veränderungen in Gang. Es gibt wenige Gewinner und Millionen Verlierer. Die soziale Frage wird zum drängendsten Problem der Epoche.

Es sind die 1840er Jahre: Kleinbauern, Lohnarbeiter und Handwerksbetriebe gehen zugrunde, Bauern verarmen, in den Städten entstehen Elendsquartiere, es gibt seit Jahren einen Bevölkerungsdruck auf dem Land, wo 85% der Bevölkerung lebt.

Es herrscht Gewerbefreiheit, jeder ist auf sich selbst gestellt. Millionen Menschen schufteten zwölf und mehr Stunden am Tag für einen Hungerlohn, nicht selten sieben Tage die Woche. Schon Sechsjährige stehen täglich in Ruß und Rauch an den Maschinen, erst 1891 wird Fabrikarbeit für Kinder verboten.

1846/47 verursachen Missernten im Kartoffel- und Getreideanbau Hungersnot und verschlimmern die Lage. Die wachsende Zahl der Arbeiter und ihre schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen führen zu Zusammenschlüssen von Arbeitern im Kampf um bessere Bedingungen. Doch die Regierungen verbieten solche Zusammenschlüsse, ein Koalitionsverbot gilt in Preußen seit 1845.

Man kann also nur über die Einwirkung auf die Gesetzgebung eine Verbesserung der Lage erwirken. Die Arbeiter brauchen eine Vertretung durch politische Parteien. Die verschiedenen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung sind sich über die grundsätzlichen Ziele einig, allerdings nicht über den Weg dorthin. Es konkurrieren drei Richtungen: Die Reformer, die Revolutionäre und die Utopisten.

1863 gründet Ferdinand Lassalle den „allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) in Leipzig. 1869 kommt es durch August Bebel in Eisenach zur Gründung der „sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP).

Da beide Parteien letztlich die gleichen Ziele haben, vereinigen diese sich 1875 in Gotha zur „sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP), aus der 1890 in Halle die SPD hervorgeht. Bis 1890 ist allerdings noch ein dorniger Weg.

1871 kommt es zur Gründung des Deutschen Reiches, Kanzler Bismarck verfolgt eine repressive Politik gegenüber der Arbeiterbewegung. 1878 verabschiedet der Reichstag das Gesetz „wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ (Sozialistengesetze).

Mit der Wahl 1890 erreicht die SAP die meisten Stimmen im Reichstag, infolge werden die Sozialistengesetze außer Kraft gesetzt.



Die sozialdemokratische Traditionsfahne wurde 1873 geweiht und avancierte zu einem der wichtigsten Symbole der Sozialdemokratie und erinnert an die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle im Jahr 1863.



Die Arbeiterbewegung kann sich entfalten, es entstehen die drei Säulen:

- 1. Gewerkschaften, betrieblich und national**
- 2. Die Partei (Die SPD wird durch das 3-Klassen-Wahlrecht 1846 – 1918 benachteiligt, trotz der meisten Stimmen nicht die meisten Sitze)**
- 3. Die Arbeiterkulturbewegung (eingetragene Vereine oder Genossenschaften)**
 - Arbeiterbildungsvereine (gehen 1920 in den Volkshochschulverband auf)
 - Hilfskassen
 - Konsumvereine (bestehen vereinzelt noch)
 - Bausparkassen
 - Versicherungen (später Volksfürsorge)
 - Wohlfahrtsverbände (AWO, SAMARITER)
 - Büchergilde Gutenberg
 - Bestattungsvereine
 - Kleingärtnervereine (Schrebergärten)
 - Gesangsvereine
 - Wandervereine, die Naturfreunde
 - Sportvereine (z.B. der SC, die Bayern, der VfB)
 - Esperanto Vereine (Völkerverständigung/Frieden)

Arbeiter und Sozialdemokraten wurden während der langen Geschichte, und auch später, als „vaterlandslose Gesellen“, als „Volksverräter“, als „Kompromissler“ verspottet, eingesperrt und umgebracht.

Es war ein langer Weg zu einem besseren Land.

■ Hans Seybold

Landtagswahl – wie geht's?

Landespolitik – was ist das denn genau?

Aus Artikel 70 Grundgesetz geht hervor, dass „die Länder das Recht zur Gesetzgebung haben, soweit der Bund nicht die Befugnis zur Gesetzgebung aus dem Grundgesetz hat“.

Welche Bereiche sind denn dann überhaupt von der Landespolitik zu regeln? Die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz hat der Bund für ziemlich viele Bereiche. Übrig bleibt die Zuständigkeit der Länder für:

- Bauwesen
- Kulturbereich für Schulen, Hochschulen, Denkmalpflege und Kunst
- Viele Bereiche der Landwirtschaft
- Innere Sicherheit und Strafvollzug
- Versammlungsrecht
- Kommunalrecht der Städte und Gemeinden
- Ein Teil des Wirtschaftsrechts, zum Beispiel für Ladenschluss, Marktrechte, Gaststätten
- Landesbeamte und Landesbesoldungsrecht

Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern obliegt derzeit Folgendes den Ländern:

- Jagdwesen (ohne das Recht der Jagdscheine)
- Naturschutz und Landespflege (ohne die allgemeinen Grundsätze des Naturschutzes, das Recht des Artenschutzes oder des Meeresnaturschutzes)
- Bodenverteilung
- Raumordnung
- Wasserhaushalt
- Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse



Am 14. März ist Landtagswahl. Wir haben für Sie einige Informationen zusammengestellt, um was es dabei geht und wie eigentlich genau gewählt wird.

Landtagswahl – so kommt das Parlament zustande

Ihre Stimme zählt unmittelbar! Bei der alle fünf Jahre stattfindenden Landtagswahl haben die Wählenden nur eine Stimme. Sie wählen von den Parteien nominierte Kandidierende. Landeslisten gibt es keine.

Die Stimme der Wähler wird aber zweifach gewertet:

- (1) **Persönlichkeitswahl:** Sie wählen mit Ihrer Stimme direkt die Abgeordnete bzw. den Abgeordneten aus Ihrem Wahlkreis, der in den Landtag einzieht.
- (2) **Verhältnisswahl:** Die Gesamtzahl der Stimmen im Land und der Anteil der Stimmen der einzelnen Parteien werden errechnet, um die Gesamtsitze jeder Partei im Landtag zu ermitteln. Wenn also Kandidierende ihren Wahlkreis nicht gewinnen, dann sind die Stimmen nicht verloren, sondern unterstützen die Partei beim Erhalt von Sitzen im Landtag.

Es gibt mindestens 120 Sitze im baden-württembergischen Landtag. 70 davon sind Direktmandate, die die Kandidierenden mit den meisten Stimmen in den 70 Wahlkreisen erhalten. Weitere 50 Sitze sind sogenannte Zweitmandate. Die Parteien erhalten diese für Kandidierende, die ihren Wahlkreis nicht gewonnen haben, aber in einem der vier Regierungsbezirke Baden-Württembergs für ihre Partei die meisten Stimmen geholt haben. Hierbei werden nur Parteien berücksichtigt, die insgesamt mehr als 5% der Stimmen erreicht haben.

Zusätzliche Sitze können durch Überhangmandate erreicht werden. Dies kommt vor, wenn eine Partei in einem Regierungsbezirk mehr Direktmandate gewinnt als ihr nach dem verhältnismäßigen prozentualen Anteil (2) zusteht. Außerdem gibt es noch Ausgleichsmandate, um im Falle von vielen Überhangmandaten einer Partei die anderen Parteien im Gesamtverhältnis nicht zu benachteiligen.



Der Landtag von Baden-Württemberg

Föderalismus

Wir leben in einer föderalen Demokratie mit dem Bundespräsidenten und der Bundesregierung.

Auf der einen Seite sind der Bundestag und Bundesgerichte, auf der anderen Seite die 16 Bundesländer mit eigenen staatsrechtlichen Kompetenzen und ihrer eigenen Hoheitsgewalt.

Im Grundgesetz ist der Föderalismus als grundlegender Teil unseres politischen Systems unabänderlich in Artikel 20 festgeschrieben. Die Gewaltenteilung ist somit sowohl horizontal als auch vertikal geregelt.

Das dient unter anderem der Vermeidung von unerwünschter Machtanhäufung, der Stärkung der Demokratie und der Förderung des Pluralismus. Das sind Konsequenzen aus der Erfahrung mit dem dritten Reich. Die Ursprünge unseres Systems liegen aber tatsächlich schon deutlich früher.

Gut zu wissen ...

Seit 2016 gilt eine strikte **Unvereinbarkeit von Amt und Mandat**. Das heißt, dass zum Beispiel Lehrer*innen, Bürgermeister*innen oder Landrät*innen nicht gleichzeitig berufstätig und Mitglied im Landtag sein können. Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis ruhen vom Tage der Annahme der Wahl. Seither gibt es keine Bürgermeister*innen und Landrät*innen im Landtag mehr.

Das **aktive und passive Wahlrecht** für die Landtagswahl haben alle Deutschen mit Vollendung des 18. Lebensjahres, die seit mindestens drei Monaten ihren (Haupt-)Wohnsitz oder Lebensmittelpunkt im Land haben. Bürger*innen der EU sind im Gegensatz zu anderen Wahlen bei den Landtagswahlen nicht wahlberechtigt.

Wahlrecht ab 16?

Das Wahlalter wurde vor 50 Jahren während der Kanzlerschaft von Willy Brandt von 21 auf 18 Jahre abgesenkt. Heute fordert die SPD, dass das Wahlrecht ab einem Alter von 16 Jahren gelten soll. Eine Debatte um dieses Thema wird bei fast allen Parteien seit vielen Jahren immer wieder geführt. Wir haben uns Gedanken gemacht, was dafür aber auch, was dagegen sprechen könnte.

Pro | Marlene Greiwe

Jugendliche sollen auf natürliche Weise stärker in politische Prozesse eingebunden werden.

Es stellt sich die Frage, ob Lebenserfahrung immer politisch weiser und entscheidungsfähiger macht, gerade bei vielen modernen Themen.

Die von Jugendlichen viel benutzten sozialen Medien und das Internet haben den Vorteil, dass man sich umfassend informieren und sich austauschen kann.

Es gibt bei den Jugendlichen und bei den Erwachsenen Menschen, die sich nicht für Politik interessieren.

Ob junge Wähler eher populistisch wählen ist zu bezweifeln.

Und nur, weil es das Wahlrecht noch nicht überall auf der Welt gibt ... mit diesem Argument wäre die Gurtpflicht in Autos nie eingeführt worden. Deutschland hätte dann eben eine Vorreiterrolle inne.

Früher war das Wählen erst ab 21 Jahren erlaubt. Eine Absenkung auf 18 Jahre war gesetzlich umsetzbar und hat keine der hier befürchteten Auswirkungen gehabt.

Natürlich müssen Schulen bei politischer Bildung mit einbezogen werden, denn politische Bildung ist wichtig. Demokratie lebt von politischer Bildung.

Das Wahlrecht muss Menschen als Mitglied unserer Gesellschaft zustehen. Das ist eine Frage der Teilhabe. Dabei ist es egal, ob die Menschen Steuern zahlen oder nicht, ob sie Leistungen empfangen oder nicht. Die Mitwirkung an unserer Demokratie muss den jungen Bürgern möglich gemacht werden.

Jugendliche sind keineswegs unpolitisch, im Gegenteil. Fridays for Future oder andere soziale Bewegungen sind die besten Beispiele. Jugendliche setzen neue Impulse, denken zukunftsorientiert und durchbrechen eher veraltete Strukturen. Das können sie derzeit aber nur außerparlamentarisch.

Wählen zu können bedeutet, politische Verantwortung zu übernehmen. Das sollten auch jüngere Bürger, die so ihre Interessen besser und stärker in einer zunehmend alten Gesellschaft vertreten können. Sie müssen ernst genommen werden. Es ist ihre Zukunft. Lasst sie mit darüber entscheiden!

Contra | Stephanie von Köller-Roesky

Wählen ist nicht zu vergleichen mit Führerscheinen machen.

Ist allen klar, welche große Verantwortung mit einer Wahl in Verbindung steht? Wählen heißt über die Zukunft eines Gemeinwesens, eines Landes zu entscheiden.

Besteht mit 16 genügend Unabhängigkeit vom Umfeld, den Eltern, den Freunden, den Verwandten?

Ist die Bereitschaft, sich von den sozialen Medien zu emanzipieren, ausreichend, um sich dem Einfluss von Populismus entziehen zu können? Jugendliche sind sicher mehr und länger in den sozialen Medien unterwegs als Erwachsene und damit gefährdeter. Das Problem trifft auch für viele Erwachsene zu. Populismus nicht durchschaut haben bei der letzten Bundestagswahl immerhin 12,6% der erwachsenen Wähler!

Bereiten alle Schulen ausreichend auf die Wahl vor? Auch wenn wir von positiven Beispielen im Dreisamtal gehört haben, muss jeder Schule wie auch den Eltern die Verantwortung klar sein, dass Bildung die Voraussetzung für das Wahlrecht ab 16 sein muss.

Im internationalen Vergleich gibt es nur in wenigen anderen Ländern das Wahlrecht ab 16 (Brasilien, Malta, Argentinien und Österreich). Warum ist das so?



LIEBE MITBÜRGER*INNEN,

dieser Wahlkreis hat eine sehr besondere Eigenheit: Er verbindet Stadt und Land miteinander. Und genau dies ist mir wichtig: Verbindungen zwischen Menschen und Themen herzustellen. Zwischen Jung und Alt, Entwicklung und Tradition, Umweltschutz und Wirtschaft.

Ich bin im Hochschwarzwald aufgewachsen, habe in Freiburg studiert und lebe inzwischen mit meiner Familie im Dreisamtal. Als Sozialarbeiterin versuche ich immer, Menschen zu verstehen und ich möchte eine Politik gestalten, welche die Menschen erreicht.

Die aktuelle Situation hat viele Themen wie mit einem Spotlight beleuchtet. Bildung, Verkehr und medizinische Versorgung sind wieder im Blickfeld und gewinnen an Bedeutung.

Und gerade für Baden-Württemberg glaube ich: wir können mehr! Wir können eine moderne Bildungspolitik umsetzen, wir können mehr Windräder bauen und wir können mehr in Weiterbildung investieren, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Lassen Sie uns jetzt handeln, damit wir auf die Fragen der Zukunft eine Antwort haben.

Wie das gehen soll? Natürlich miteinander! Und natürlich mit der SPD!

Ihre *Jennifer Sühr*



ZWEITKANDIDATIN MIA SANNER

Förderung des ländlichen Raumes

Für einen funktionierenden Alltag und eine lebenswerte Heimat ist für Menschen aller Generationen eine gute Infrastruktur wichtig. Damit diese erhalten bleibt, müssen die Kommunen mit genug Geld ausgestattet werden, um vor Ort wirklich gestalten zu können.

Dafür wollen wir gemeinsam kämpfen.

Das Wichtige jetzt.

Jennifer Sühr, unsere Kandidatin aus dem Dreisamtal, über ihre Vorstellungen zur Landespolitik.

GLÜCKLICHE FAMILIEN!

Das Familienleben ist für mich wie eine wunderschöne und gleichzeitig sehr lange gemeinsame Wanderung. Den Weg können und wollen Familien gemeinsam gehen.

Die Politik muss dafür jedoch den Rucksack mit Vesper bereitstellen und Raststationen ermöglichen.

Für diese Entlastung brauchen Familien bezahlbaren Wohnraum, damit sie einen Platz für ihre Kinder und in unserer Gesellschaft haben. Sie brauchen Unterstützung bei der Kinderbetreuung und einen ihren Bedürfnissen entsprechenden, kostenfreien Betreuungsplatz.

Viele Eltern sind heutzutage hochqualifiziert. Sie müssen ihren Kindern Sicherheit vermitteln. Dies gelingt nur, wenn Sie selbst sichere Arbeitsplätze haben und sich keine Sorgen machen müssen, ob ihr Vertrag im kommenden Jahr verlängert wird.

Nur so kann auch die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern klappen und die Familien können ihren Wanderweg entspannt fortsetzen.

„WOHNEN IST MEHR ALS EIN DACH ÜBER DEM KOPF“

(Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.)

Wohnen bedeutet, einen persönlichen Platz zu haben. Einen Platz in unserer Gesellschaft. Einen Ort, an den ich Menschen einladen kann. Oder mich zurückziehen kann.

Wir brauchen eine sozialverträgliche Wohnungspolitik.

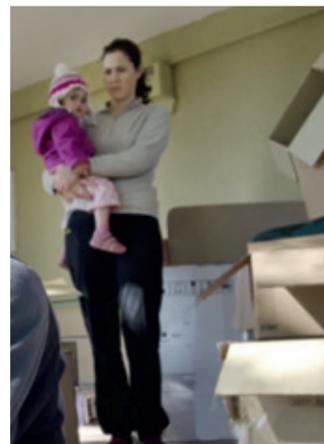
Die Kommunen müssen darin unterstützt werden, Bauland zu erwerben um dieses dem Markt zu entziehen.

Wie kann man im Alter wohnen? Wie kann man sein Eigenheim umbauen oder weitergeben um altersgerechte Wohnformen zu nutzen? Hierzu gehört beispielsweise eine kostenfreie Wohnmöglichkeit, in welcher die Kinder und Enkelkinder unterkommen können, wenn sie zu Besuch sind. So kann der frei gewordene Wohnraum von der nächsten Generation genutzt werden.

Hierzu brauchen wir intelligente, bezahlbare und attraktive Konzepte.

Unterstützung benötigen außerdem die Vermieter*innen. Viele Vermieter*innen haben die Sorge, dass im Mietverhältnis etwas schief läuft. Deshalb vermieten sie gar nicht erst an Menschen in schwierigen Lebenssituationen. Notwendig sind Vermittler*innen und Ansprechpartner*innen oder z.B. die Kommunen als Zwischenmieterinnen.

Um den Wohnungsmarkt zu regulieren, brauchen wir eine Landeswohnbaugesellschaft!



FÜR UNSERE KINDER: DIE BESTE BILDUNG!

Hier ist sie, die Bildung von morgen: die Kitas sind kostenfrei und unsere Jüngsten werden von fachlich und menschlich besten Erzieher*innen und Lehrern*innen begleitet. Schüler*innen lernen so lange wie möglich gemeinsam und können sich dennoch leistungsorientiert entwickeln und zu ihnen passende unterschiedliche Schulabschlüsse erlangen. Schule als Lernort, an welchem fächerübergreifend gelehrt wird, sowohl digital als auch in Präsenz.

Was sich nach ferner Zukunft anhört, ist an einigen Orten der Welt bereits umgesetzt. Als Pädagogin und Mutter zweier Kinder stehe ich für diese Form von moderner Bildungspolitik. Für mich sind Kinder wie Pflanzen die gepflegt werden müssen und nicht in eine Form gegossen werden sollten. Für die Bildungspolitik bedeutet dies, dass wir unsere Kinder darin unterstützen, ihre Fähigkeiten zu entfalten und diese nicht im Frontalunterricht verwelken zu lassen.

Bildung beginnt bei unseren kleinsten Mitbürgern. Gerade die Erfahrungen der ersten drei Lebensjahre sind von großer Bedeutung. Mir ist es wichtig, dass unsere Kinder nicht irgendwie betreut sind. Sie müssen von qualifizierten Menschen mit großer Herzlichkeit begleitet werden. Nur dann ist es mir als Mutter möglich, mich auf meine Arbeit zu konzentrieren und meine Arbeitskraft der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen.

Denn: Demokratiebildung beginnt im Kinderzimmer und hängt davon ab, was ein Kind erlebt.

Weiterhin begreife ich die Institution Schule als umfassenden Ort des Lernens miteinander und voneinander. Zeitgemäßes Lernen bedeutet, ein langes gemeinsames Lernen zu ermöglichen und gleichzeitig die Möglichkeit der Leistungsorientierung anzubieten. Während unterschiedliche Schulabschlüsse durchaus erhaltenswert sind, fällt ein frühes selektieren und das dreigliedrige Schulsystem nicht mehr unter zeitgemäße Bildung.



Das Wahlprogramm der SPD finden Sie als PDF auf www.spd-dreisamtal.de





KLIMASCHUTZ IST ROT. ROT WIE DIE SPD.

Die wichtigste Frage unserer heutigen Zeit lautet: Wie erreichen wir gemeinsam die Ziele des Pariser Klimaabkommens?

Es geht darum, schnell in den verschiedenen Bereichen zu handeln. Hierzu gehört der Ausbau der erneuerbaren Energien ebenso wie eine Reform der Landwirtschaftspolitik. Hierzu gehört die Handlung der einzelnen Menschen ebenso wie Vorgaben durch die Politik.

Gleichzeitig geht es darum, „gesunde Umwelt- und Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. Denn gerade Menschen mit geringerem Einkommen und niedriger Bildung sind oft höheren Umweltbelastungen ausgesetzt, als sozial besser gestellte Menschen.“ (Umweltbundesamt)

Wir müssen schnell, entschlossen und solidarisch handeln. Gleichzeitig müssen wir die Menschen mitnehmen.

Denn Umweltschutz geht natürlich nur miteinander!

DIE VERBINDUNG ZWISCHEN STADT UND LAND

In den fünfziger Jahren hat man Städte für Autos gebaut. Diese Zeit ist vorbei. Heute geht es darum, die Flächen gerecht zu verteilen.

Besonders öffentliche Flächen in Städten dürfen nicht zu Autoabstellplätzen verkommen. Menschen müssen die Möglichkeit haben, mobil zu bleiben, auch wenn sie kein eigenes Auto besitzen. Dazu muss der öffentliche Verkehr ausgebaut werden. Dazu brauchen wir mehr Car-Sharing-Angebote. Gute, sichere Rad- und Fußwege verbessern die Lebensqualität. Stadtteil-Sammelgaragen ermöglichen Freiräume in den Wohnbereichen

Also: Planen wir Siedlungen für Menschen – nicht für Autos!

Ich bin in einem Bergdorf aufgewachsen und weiß um die hohe Bedeutung des Autos auf dem Land. Dies wird auch weiterhin notwendig sein, dennoch macht es eben einen Unterschied, ob wir grundsätzlich auch auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können. Ebenso macht es für unsere Natur einen Unterschied, ob wir Autos mit Verbrennermotoren fahren oder auf erneuerbare Alternativen umsteigen.

Ich fordere für Stadt und Land:

- Eine enge und attraktive Taktung der öffentlichen Verkehrsmittel in Stadt und Land
- Kostengünstigen Nahverkehr und einheitliche Tickets, über Landkreisgrenzen hinweg
- Geschwindigkeitsregulierung: 30 km/h innerorts, 80 km/h auf Landstraßen und 120 km/h auf den Autobahnen als Regelgeschwindigkeiten
- Ausbau des Radwegenetzes
- Förderung von alternativen Mobilitätskonzepten

Damit unsere Welt für Mensch und Tier lebenswert bleibt. Natürlich miteinander!

Gerade für Baden-Württemberg ist es wichtig, endlich mit diesem Veränderungsprozess zu beginnen. Dazu gehört, z.B. die Mitarbeitenden der Automobilzuliefererfirmen darin zu unterstützen, sich fortzubilden. Mit neuem Wissen können wir auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleiben und Arbeitsplätze sichern.



LEBEN BEDEUTET ENTWICKLUNG. LEBEN BEDEUTET VERÄNDERUNG.

Und in einer sich schnell verändernden Welt, brauchen wir Menschen die Möglichkeit, auf diese Veränderung reagieren zu können.

Wir brauchen Fortbildungs- Module die uns schneller und mit hoher Qualität handlungsfähig machen. Zielgerichtete Fortbildung brauchen wir für Frauen nach der Kinderphase, für Menschen mit Migrationshintergrund, für Männer, die nicht von 16 bis 67 die gleiche Arbeit verrichten können oder wollen und für Menschen nach einer Krankheitsphase.

Aktuell erleben wir einen arbeitskulturellen Wandel, Homeoffice und veränderte Arbeitszeiten werden gefordert und sind sinnvoll. Hier bestehen Verbesserungsmöglichkeiten.



Arbeitnehmer*innen benötigen ein Recht auf Qualifizierungsmaßnahmen. Die Unternehmen brauchen Anreize, dass sie ihre Beschäftigten früh genug qualifizieren. Und um die Innovation im Land voranzubringen benötigen wir ein Chancengeld. Damit können junge Menschen unabhängig von ihrem Elternhaus den eigenen beruflichen Weg gehen und beispielsweise ein innovatives Start-up Unternehmen gründen.

Wir können jetzt die Arbeit der Zukunft gestalten. Arbeit muss sicher sein. Und besonders uns, der jüngeren Generation ist es wichtig, dass Arbeit Sinn ergibt.

Dafür müssen wir mit strategischer Weitsicht jetzt die Rahmenbedingungen schaffen und den Menschen einen Fahrplan vorlegen, der ihnen Orientierung und Sicherheit gibt. Sicherheit im Wandel. Nur dann wird es uns gelingen, Fachkräfte zu binden und die Wertschöpfung im Land erhalten.

Eine gute Zukunft gestalten. Natürlich miteinander! Und natürlich mit der SPD, der alten Tante.

DAS WICHTIGE JETZT. FÜR DEN WAHLKREIS 46



den
EN

GUTE und KOSTEN-FREIE BILDUNG, damit unsere Kinder die bestmögliche Ausbildung erhalten.

ECHTEN ASCHUTZ
achdruck
eiben.

So können Sie Jennifer Sühr erreichen:
 Website www.jennifer-suehr.de
 E-Mail jennifer.suehr@spd-dreisamtal.de
 Jennifer Sühr
 dierotejenny

Natürlich miteinander!

Holz – ein ganz besonderer Baustoff

Holz bindet CO₂, ist extrem langlebig und wächst bei uns direkt vor der Haustür.

Schon die Frühmenschen nutzen für ihre Behausungen Holz. Und Holz ist bis heute ein wichtiger Baustoff mit ganz besonderen Eigenschaften und Vorteilen. Besonders im Schwarzwald war und ist Holz für viele Jahrhunderte das wichtigste Baumaterial für alle Arten von Gebäuden gewesen. Aber seit dem zweiten Weltkrieg wurde verstärkt mit Beton und Stahl gebaut, Holzbau kam aus der Mode.

Die „modernen“ Baustoffe Beton und Stahl sind aber ökologisch nicht sinnvoll, sie sind energieintensiv in der Herstellung, schwer zu entsorgen und oft mit Schadstoffen belastet. Beton hat von allen Baustoffen die schlechteste CO₂-Bilanz. Holz dagegen ist ein nachwachsender Baustoff, der CO₂ bindet, bei der Verarbeitung wenig Energie verbraucht, nach der Nutzung leicht zu entsorgen, vor allem aber bei guter Pflege extrem langlebig ist.

Und vor allem: Holz wächst bei uns direkt vor der Haustür. Lange Transportwege sind unnötig. Wird mit Holz gebaut, dann bleibt das zu investierende Geld in der Region. Damit ist Holz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, denn nicht nur der Rohstoff stammt von hier, auch die Verarbeitung erfolgt durch Handwerker und mittelständische Unternehmen hier in der Region.

Der Holzbau ist wieder im Kommen und dadurch entstanden im letzten Jahrzehnt neue, innovative Berufsfelder. Firmen, die sich auf den modernen Holzbau spezialisierten, schaffen hochqualifizierte und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Die Zukunft sind moderne Gebäude aus Holz

Im Juli 2020 wurde der Verein „Bauwerk Schwarzwald“ in Titisee gegründet. Sein Ziel: ein Kompetenzzentrum für Schwarzwälder Architektur, Handwerk und Design zu schaffen. Zum einen sollen historische Gebäude im Schwarzwald erhalten und wiederbelebt werden, um damit die Baukultur des Schwarzwaldes sichtbar bleiben zu lassen. Zum anderen soll auch moderne, regionaltypische Architektur gefördert werden, darunter der Holzbau in der Region. „Bauwerk Schwarzwald“ will das über Generationen weitergegebene Wissen zu regional-spezifischen Baustilen, Handwerkstechniken, Holzbau- und Zimmererkunst, Materialien und Gestaltung erhalten und weiterentwickeln.



Mehrfamilienhäuser in Freiburg-Tiengen (oben) und im Ursulinenhof in Oberried (unten) zeigen, dass sich mit Holz nicht nur Einfamilienhäuser bauen lassen.

Mit Holz lassen sich nicht nur Einfamilienhäuser bauen. Geschosswohnungsbau, Gewerbe- und Industriebauten, selbst Parkhäuser können aus Holz erstellt werden. Brand- und Schallschutz sind mit den heute bekannten Techniken keine Probleme mehr, wenn Holz fachgerecht eingesetzt und verarbeitet wird. Holzhäuser bieten ein gesundes und angenehmes Wohnklima. Gebäude aus Holz können begrünt werden, moderne Energieversorgung beispielsweise mit Photovoltaik kann integriert werden. Alles ist möglich!

Wegen der guten Ökobilanz sollte Holzbau auch von den Kommunen gefördert werden. Bebauungspläne sollten entsprechend ausgerichtet sein, eigene Bauvorhaben sollten mit Holz ausgeführt werden. „Bauwerk Schwarzwald“ berät Verwaltungen und Gemeinderäte über die Möglichkeiten.

Im Dreisamtal soll in den nächsten Jahren viel neuer Wohnraum geschaffen werden. In Stegen-Oberbirken, in Oberried und auch der mögliche fünfte Wohnhof im Kurgebiet Kirchzarten. Wünschenswert wäre eine Mustersiedlung mit Geschosswohnungsbau aus Holz im Dreisamtal. Mit einem Kindergarten und öffentlichen Räumen in Holzbauweise. Begrünt und mit moderner Wärme- und Energieversorgung.



Wir, die SPD-Dreisamtal, regen an, dass „Bauwerk Schwarzwald“ die Verwaltungen und Gemeinderäte der Dreisamtalgemeinden in öffentlichen Sitzungen über die Möglichkeiten von Gebäuden aus Holz informiert.

■ Bernd Engesser

Weblink
www.naturpark-suedschwarzwald.de/eip/pages/bauwerk-schwarzwald.php

Wegen der guten Ökobilanz sollte Holzbau auch von den Kommunen gefördert werden.



Da wo heute in Freiburgs Stadtteil Weingarten das BUGGI 52 steht, war vor kurzem noch ein maroder Supermarkt. Ursprünglich ging es um die Sanierung dieses Marktes, doch die Planungen nahmen schnell größere und umfassendere Dimensionen an. Das Projekt zeigt zukunftsweisend, dass Stadtentwicklung innovativ und auf alle Bereiche ausgerichtet sein kann.

Der soziale Aspekt

Weingarten ist kein einfacher Stadtteil mit vielen baulichen Missständen und einer Bevölkerungsstruktur, in der Menschen, die Transferleistungen beziehen oder einen Migrationshintergrund haben, überproportional vertreten sind. Mit dem BUGGI 52 sollte Weingarten eine Aufwertung erfahren. Im Erdgeschoss entsteht ein großzügiger 700 qm großer Lebensmittelmarkt, der nicht nur die Grundversorgung des Stadtteils abdeckt, sondern mit einem zusätzlichen Café auch ein Treffpunkt für den Stadtteil werden wird. Ins erste Obergeschoss zieht eine dreigruppige Kindertageseinrichtung ein, der

eine große Spiel- und Freifläche mit Pavillon auf dem Flachdach des Einkaufsmarktes zur Verfügung stehen wird. Darüber hinaus entstehen dreißig Wohneinheiten unterschiedlicher Zuschnitte und Größen. Es werden überwiegend frei vermietete Wohnungen sein, doch werden auch sechs Menschen aus einer Notunterkunft eine Bleibe finden und es wird Konzepte für betreute Wohngruppen geben, so dass eine gute soziale Mischung an Bewohnern dort einziehen wird.

Ein ökologisches Vorzeigeprojekt

Das Gebäude bleibt mit 21,98 Metern knapp unter der Hochhausgrenze, ist aber ein Achtgeschoss. Ab dem 1. OG ist es komplett in Holzbauweise ausgeführt, selbst der Aufzugsschacht, das Treppenhaus und die Außenfassade sind aus Holz – ein deutschlandweites Novum!

Diese ressourcenschonende und ökologische Holzbauweise ist aktiver Umweltschutz. Während Beton und Zement enorm energieintensiv

BUGGI 52

Nicht nur ein ökologisches – auch ein soziales Projekt

■ Dagmar Engesser

Baden-Württemberg kann mehr!

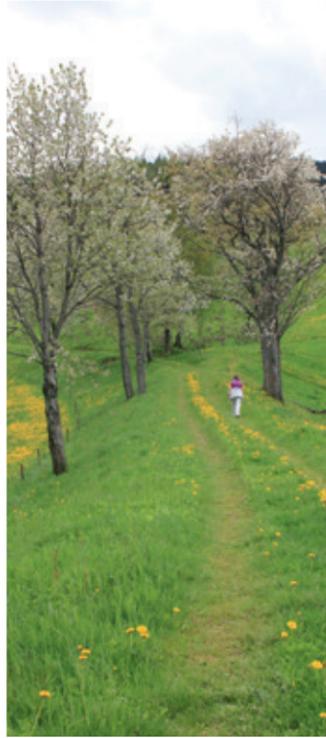
Pflöcke einschlagen für eine zukunftsorientierte Politik

In einem intensiven Prozess hat die SPD in Baden-Württemberg ihre programmatische Erneuerung vorangetrieben. „Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Antworten auf wichtige Zukunftsfragen zu finden“, so Andreas Stoch, der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende. Wie soll Baden-Württemberg 2030 aussehen und welche Politikfelder müssen beachtet werden? Es wurden fünf Foren eingerichtet, für die Expertinnen und Experten aus Politik, Verbänden, Unternehmen und der Wissenschaft gewonnen wurden: (1) Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie, (2) Bildung, (3) Technologie und Arbeit im Wandel, (4) Wohnen und (5) Mobilität.

Einige wichtige Punkte aus dem Forum „Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie“

Klimaschutz ist ganz wesentlich auch eine soziale Frage und eine Frage nach der gerechten Verteilung von Ressourcen zwischen und in den Staaten wie auch zwischen den Generationen. Ein radikaler rascher Einstieg in ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen ist notwendig. Dabei ist für uns das internationale Klimaschutzabkommen von Paris bindend, das zum Ziel hat, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Ein wichtiges Instrument ist u. a. die CO₂-Bepreisung bei der Herstellung von Gütern und der Bereitstellung von Dienstleistungen, beginnend mit 30 Euro pro Tonne und bis zu 180 Euro ansteigend. Es ist hierbei ein Modell dafür zu verwenden, das einen sozialen Ausgleich schafft. Jedes Ressort der Landesregierung muss alle 2 Jahre einen Bericht vorlegen, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zur CO₂-Reduktion umgesetzt oder begonnen wurden, und alle Fortschritte müssen in einer CO₂-Bilanz aufgelistet werden. Die in der Regierungsperiode 2011 – 2016 unter Grün-Rot beschlossene Verpflichtung zu regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichten entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie und für jedes Ressort ist wieder aufzunehmen.

Es sollen alle Abgaben (Steuern, Gebühren) auf ihre klimaschützenden Effekte überprüft und bei Bedarf angepasst sowie klimaschädliche Subventionen abgebaut werden. Alle öffentlichen Stellen sollen bei ihren Beschaffungen von Waren und Dienstleistungen bei Ausschreibungen klimafreundliche Lösungen wählen, bzw. die Beachtung des Klimaschutzes zur Bedingung machen. Hier soll das Land beratend für die Kommunen tätig werden.



Das muss Hand in Hand gehen: Kulturlandschaftspflege/ Naturschutz und Ausbau der Windkraftnutzung.



Die Erzeugung und Einspeisung von **Strom aus Erneuerbaren Energien** muss wieder mehr Rückenwind bekommen und die Erzeugung von **Wärme** aus Erneuerbaren Energien bedarf eines Aufbruchs. Die Kraftwärmekopplung soll dabei auf Basis von Erneuerbaren Energien einen möglichst großen Beitrag leisten, sowohl in kleinen Einheiten (wie Mini-BHKW) als auch für Wärmenetze. Die nachhaltige und biodiversitätskompatible Energieerzeugung durch Biomasse aus landwirtschaftlichen Reststoffen und Biomasse muss gefördert und die Biogasproduktion aus Mais und anderen Intensivanbaukulturen zurückgefahren werden.

Der Ausbau der **Windenergienutzung** muss auf Landesebene wieder ernsthaft vorangetrieben werden. Dazu gehört die Rücknahme der Möglichkeit eines 1.000 Meter-Mindestabstands, die Digitalisierung der Genehmigungsverfahren, die Einrichtung und Unterstützung von Servicestellen, die Windkraftprojekte förderlich begleiten, sowie die Vereinheitlichung der artenschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren im Land.

Die Möglichkeit der Fassaden-**Photovoltaik** wird heute zu wenig genutzt. Hier muss das Land bei Gebäudesanierung sowie beim Neubau als Vorbild vorangehen. Dazu braucht es Wettbewerbe und Sonderprogramme, damit Fassaden-Photovoltaik bei Industrie- und Gewerbebauten sowie Bürobauten und großen Wohngebäuden vermehrt berücksichtigt wird. Wir wollen darüber hinaus Kooperationen zwischen Hausbesitzern und Energieversorgern unterstützen, die zu einer weitreichenden Nutzung privater Dächer für Photovoltaik-Anlagen führen. Auch soll die Agro-Photovoltaik unterstützt werden, bei der geeignete Agrarflächen für Solaranlagen genutzt werden.

Der **Rückgang der Artenvielfalt** und der Lebensräume in den letzten Jahrzehnten ist dramatisch, weltweit wie auch in Mitteleuropa. Die Ursachen sind vielfältig, sicherlich aber sind die Verschlechterung der Lebensräume, Umweltverschmutzung und -vergiftung sowie Lebensraumzerstörung die Hauptursachen. Dazu tragen wiederum Landwirtschaft, Klimawandel und der Flächenverbrauch für Infrastruktur und Besiedlung bei. Eine weitere Ursache ist die fehlgesteuerte Agrarumweltpolitik der EU, bei der eine Förderung nicht von ökologischen Leistungen abhängig gemacht wird. Die biologische Vielfalt – die Ebenen der Genetik, der Arten, der

Lebensgemeinschaften und der Landschaften umfassend – ist eine Grundlage, die für unser Überleben von höchster Bedeutung ist. Der Rückgang der biologischen Vielfalt muss deshalb gestoppt werden. Die Naturschutzpolitik muss künftig neben der Einrichtung, Betreuung und Entwicklung von Schutzgebieten stärker in die gesamte Fläche wirken, also auch für Naturverträglichkeit der landwirtschaftlich, forstlich, wasserwirtschaftlich und für Siedlung und Verkehr genutzten Flächen sorgen. Dabei ist es besonders wichtig, dass der Biotopverbund weiterentwickelt und planerisch verankert wird und damit Verbindlichkeit erlangt.

Nicht gelungen ist es bislang, die Nachhaltigkeit der zahllosen **Ausgleichsmaßnahmen** für Eingriffe in Natur und Landschaft sicherzustellen. Ein beträchtlicher Teil der Ausgleichsmaßnahmen wird nie durchgeführt. Und viel zu viele angelegte Gehölze, Feuchtgebiete, Trockenmauern oder artenreiche Brachflächen werden vernachlässigt, nach und nach wieder landwirtschaftlich oder anderweitig genutzt, so dass das Naturschutzgesetz unterlaufen wird.

Künstliche Lichtquellen sind auf das nötige Maß zu begrenzen und sie sollen ein Insektenfreundliches Lichtspektrum aufweisen. Das betrifft Straßenbeleuchtungen, Außenwerbung und andere Beleuchtungen.

Der **Waldumbau** muss schneller als bisher Nadelwälder durch standortheimische Mischwaldbestände ersetzen. Die genetischen Anpassungspotenziale unserer heimischen Baumarten sind konsequent zu nutzen. Durch Altbaumbestände und Totholz sowie einen Anteil von 10 % ungenutzter Waldflächen ist der Wald als Lebensraum aufzuwerten. Um auch im Privat- und Körperschaftswald Stabilisierungs- und Naturschutzeffekte zu erzielen, muss ein attraktiver Vertragsnaturschutz etabliert werden, der in der Fläche Wirksamkeit entfalten kann.

Die Sektorgrenzen zwischen Verkehrs-, Siedlungs-, Agrar-, Forst-, Energie- und Naturschutzpolitik sind zu überwinden. **Alle Arten von Flächennutzungen müssen den Naturschutz in ihre Arbeit integrieren.**

■ **Werner Konold**
der im Experten-Forum „Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie“ mitgearbeitet hat

produziert werden müssen und dabei CO₂ freisetzen, verwendet der Holzbau den nachwachsenden Baustoff Holz und bindet damit langfristig CO₂ – insgesamt sind es bei diesem Projekt 261 Tonnen. Damit ist Bauen mit Holz sogar ein CO₂-Senker.

Der Durchhaltewille zahlte sich aus

Was das Energiekonzept des Gebäudes angeht, so sind alle Wohnungen mit Fußbodenheizungen ausgestattet. Die Erfahrungen zeigen, dass das Raumklima in Holzgebäuden wärmer und der Energieverbrauch geringer als in konventionell errichteten Gebäuden ist. Die Wärme wird vom benachbarten Blockheizkraftwerk der Badenova bezogen. Auf dem Dach installiert die Freiburger Energiegenossenschaft eine PV-Anlage. Produziert wurde das Gebäude im Schwarzwald auf einer hochmodernen vollautomatisierten Produktionslinie einer Holzbaufirma im Hochschwarzwald. Aufgrund der Vorproduktion aller Bauteile konnte vor Ort dann pro Woche ein Stockwerk errichtet werden.

Noch eine Besonderheit: das BUGGI 52 ist das erste vom Forest Stewardship Council (FSC) zertifizierte Gebäude in Deutschland: das verbaute Holz stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern überwiegend aus der Region und sämtliche Lieferketten sind nachvollziehbar. Von Anfang an waren bei der Projektentwicklung der Betreiber des Lebensmittelmarktes und der Kindertageseinrichtung mit einbezogen, so dass ihre Bedürfnisse gut berücksichtigt werden konnten.

Einfach war das Projekt nicht, weil es für alle Neuland war, auch für die Genehmigungsbehörden. Der Genehmigungsprozess war kompliziert und es gab viele Widerstände insbesondere in Bezug auf den Brandschutz, die jedoch größtenteils durch fachliche Überzeugungsarbeit aufgelöst werden konnten, so Architekt Weissenrieder und die Projektplaner von Sutter³. Ihr Durchhaltewille zahlte sich aus: sie haben gezeigt, dass es geht: ein Achtgeschoss in Holzbauweise! Das Gebäude steht, bezogen werden kann es ab Mitte 2021.



St. Peter zeigt, dass es geht!

Fernwärmeversorgung als genossenschaftliches Energiewendeprojekt

Die Bürger Energie St. Peter eG (BEG) blickt in diesem Jahr auf eine zehnjährige Erfolgsgeschichte zurück. 2008 taten sich elf Menschen zusammen, die die Energiewende vorantreiben wollten. Ihre Vision war ein Fernwärmenetz, das seine Kunden mit regenerativ erzeugter Wärme beliefern wird. Innerhalb von 18 Monaten gelang es ihnen die technische Planung zu erstellen, die Genossenschaft zu gründen und ausreichend Kunden zu akquirieren. 2010 rollten die ersten Bagger an und begannen, die Fernwärmeleitungen für 170 Hausanschlüsse zu verlegen.

Von Anfang an waren zwei Großkunden mit dabei: die Erzdiözese Freiburg mit Kloster und Kirche und die Gemeinde mit Rathaus, Tourist-Info, Schule, Halle und Hallenbad. Durch Neubaugebiete, aber auch durch Nachverdichtung kamen weitere Anschlüsse hinzu, heute sind es 260.

Die Bürger Energie St. Peter eG produziert Strom und Wärme

Herzstück der Fernwärmezentrale ist ein mit Pellets gespeistes Holzgasblockheizkraftwerk, das die Grundlastversorgung abdeckt und 190 kW/h Ökostrom produziert, im Jahr sind das 1,5 Millionen Kilowattstunden. Aus der Abwärme werden 270 kW/h gewonnen, was 22 Prozent des Jahreswärmebedarfs deckt.

Dieses auf den Sommerwärmebedarf ausgerichtete Blockheizkraftwerk kommt auf über 8.000 Betriebsstunden im Jahr und arbeitet somit wirtschaftlich. Für den Winter und die Mittelast kommen zwei weitere Holzhackschnitzelkessel mit je 1.600 kW und 1.000 kW dazu. Insgesamt kommen so 99,5 % der Jahreswärme aus nachwachsenden Rohstoffen.

Für sehr kalte Winter oder beim Auftreten technischer Störungen gibt es dann noch zwei Spitzenlast-Ölkessel, die sehr selten zum Einsatz kommen, aber den Abnehmern die Wärmelieferung garantieren.

Die Wertschöpfung bleibt in der Region

Das Holz kommt aus der Region, zum Teil aus dem Wald der Gemarkung St. Peters. Zukauf aus Nachbargemeinden ist nötig, beschränkt sich aber auf einen Umkreis von acht Kilometern.

Auch wenn die Holzpreise für Stammholz eingebrochen sind: für das Waldrestholz, aus dem Hackschnitzel gewonnen werden, bezahlt die Bürger Energie trotzdem den Preis der vergangenen Jahre. „Wir wollen ein Stabilitätsfaktor für die Forstwirte und Waldbesitzer sein. Das war eine bewusste Solidaritätsentscheidung“, so Markus Bohnert, Mitbegründer der BEG und Vorstand. Ein zentrales Ziel des Fernwärme-Projekts ist, dass die Wertschöpfung vor Ort bleibt. Der Geldabfluss für fossile Energieträger wie Öl und Gas in sogenannte Schurkenstaaten wird damit überflüssig.



Oben die Fernwärmezentrale mit Holzgasblockheizkraftwerk, darunter die Gründungsmitglieder der Bürger Energie St. Peter eG

Alles in allem produziert St. Peter dreimal so viel Ökostrom wie es selbst benötigt.



Für die Kunden, die alle Mitglieder der Genossenschaft sind, rechnet sich das Modell, denn der Wärmepreis blieb über die Jahre hinweg stabil. Statt neue Heizungen einzubauen, brachten sie sich mit Mitgliedsbeiträgen in die Genossenschaft ein. Finanziert wurden das Biomasseheizkraftwerk und das Leitungsnetz über KfW-Kredite und Zuschuss- und Fördergelder. Hinzu kamen die Genossenschaftsbeiträge der Mitglieder und Mitgliederdarlehen, die auf zehn Jahre fest verzinst waren und pünktlich getilgt werden konnten. Insgesamt wurden sechseinhalb Millionen Euro investiert, 1,5 Millionen waren Fördergelder.

Die BEG arbeitet wirtschaftlich und es gelingt ihr, regelmäßig Rücklagen zu erwirtschaften. Transparenz ist eine Selbstverständlichkeit. Auf den Mitgliederversammlungen werden die Mitglieder jährlich informiert.

Die Bürger Energie St. Peter eG entwickelt sich weiter

Inzwischen haben sich 100 Bürgerenergiegenossenschaften unter einer Dachorganisation zusammengeschlossen, den Bürgerwerken in Heidelberg. Dadurch eröffnen sich neue Möglichkeiten. So können über die Bürger Energie St. Peter nun auch 100%-iger Ökostrom und Biogas direkt bezogen werden. Außerdem kann die Bürgerenergiegenossenschaft auch Ladesäulen für Elektroautos anbieten: in Glottertal betreibt sie schon seit einiger Zeit eine, in St. Peter wird eine bei der neu sanierten Halle installiert und auch in Buchenbach wird demnächst eine Ladesäule der Bürger Energie St. Peter eG stehen. Ziel ist es, auch in St. Peter ein E-CarSharing einzurichten.

Was muss man tun, wenn man das eigene Dorf in Sachen Klimaschutz voranbringen möchte?

Der Versuch, Fernwärmeprojekte zu realisieren, wurde auch im Dreisamtal schon mehrfach in Angriff genommen: in Kirchzarten, in Oberried. Doch nach ersten Informationsveranstaltungen verliefen diese Bestrebungen immer im Sand.

Markus Bohnert erinnert sich, dass die Reaktionen nach Informationsveranstaltungen und auf Umfragen, die sie durchführten, auch in St. Peter verhalten waren. „Wir mussten eine Energiewendebereitschaft erst erzeugen.“ Das taten sie, indem sie neben Informationsveranstaltungen zusätzlich von Haus zu Haus gingen und die Hauseigentümer überzeugten.

Doch es gab auch erfolgreiche Nachahmer: in Breitnau, ebenfalls Bioenergiedorf, entstand eine Bürgerenergiegenossenschaft mit ähnlichem Konzept, und auch in St. Märgen, Niereschach und Elzach. Die Bürger Energie St. Peter gibt ihre Erfahrungen und ihr Wissen gerne weiter und unterstützt Nachahmer, auch international! Die BEG empfing schon Delegationen aus Japan und Südkorea und tatsächlich laufen auch deutsche Anlagen in fernen Ländern.

St. Peter ist nicht umsonst Bioenergiedorf. Den erneuerbaren Wärmeanteil trägt die Bürger Energie St. Peter eG dazu bei. Hinzu kommen jedoch noch viele Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden und den Dächern von privaten Hausbesitzern, die Windräder auf der Platte und ein kleiner Anteil Wasserkraft. Alles in allem produziert St. Peter dreimal so viel Ökostrom wie es selbst benötigt.

Alle wissen es: die CO₂-Emissionen müssen drastisch reduziert werden, um den Temperaturanstieg der Erde zu begrenzen. St. Peter zeigt, dass die Energiewende von unten her beginnen kann. Um den Klimawandel zu stoppen und die regenerative Energien voran zu bringen, braucht es noch viel mehr Bioenergiedörfer und Bürgerenergiegenossenschaften.

In allen Bereichen ist noch Luft nach oben

Es können, ja müssen, noch viel mehr Dächer mit Photovoltaik- oder Solarthermie-Anlagen bestückt werden. Das Überbauen von ökologisch wertlosen Flächen wie Parkplätzen oder sogar Straßen muss in Angriff genommen werden, Geothermipotentiale können ausgeschöpft werden und der Windkraft muss endlich der substanzielle Raum gegeben werden, der vor zehn Jahren anvisiert war.

Die Windkraft ist in unserer Region komplett ausgebremst worden durch „Vernunftbürger“, die gegen die Windkraft zu Felde ziehen, und durch hohe Hürden, was den Artenschutz angeht. Das eine sollte jedoch nicht gegen das andere ausgespielt werden. Kippt das Klima, dann beschleunigt sich das Artensterben rasant.

Die Windkraft-Akzeptanz kann durch kommunale Beteiligungen erhöht werden – das ist der Ansatz von Timon Gremmels, der als SPD-Bundestagsabgeordneter im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sitzt. Positiver Nebeneffekt: die Gemeinden generieren damit Einnahmen für ihren Gemeindehaushalt. Gremmels plädiert für einen dezentralen Ansatz und die Beteiligung der Menschen vor Ort. In seinem eigenen Wahlkreis hat er positive Erfahrungen mit Bürgerenergiegenossenschaften, die Windkraftprojekte verwirklichten, gemacht. Auch da gilt: die Wertschöpfung bleibt in der Region!

■ Dagmar Engesser



Straße unter Strom

Eine Vision fürs Dreisamtal

An dieser Stelle widerspreche ich Helmut Schmidt, der einst meinte, „Wer Visionen hat, der sollte zum Arzt gehen“. Ich bin sicher, ohne Visionen gibt es keinen Fortschritt. Es waren immer die „Verrückten“, die Lösungsideen entwickelten, die große Probleme lösten. Und wir stehen vor einem riesigen Problem: der Klimakatastrophe.

Ein paar Zahlen vorab:

Die Sonne liefert pro Jahr eine Energiemenge auf die Erdoberfläche, die etwa dem 10.000-fachen des Weltenergiebedarfs der gesamten Menschheit im Jahr 2010 entspricht (Wikipedia). Das Verbrennen von Kohle, Öl und Gas ist folglich nicht nur unsinnig und klimaschädlich. Es ist auch verzichtbar, wenn es gelingt diese Sonnenenergie überall und jederzeit nutzbar zu machen.

Sonnenenergie lässt sich sowohl direkt durch Photovoltaikanlagen (für Strom) oder Solarthermie für die Wärmergewinnung nutzen, als auch indirekt mittels Wasserkraftwerken, Windkraftanlagen oder Biomasse.

Das Problem bei der direkten Nutzung ist der hohe Flächenbedarf für Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) bzw. thermische Sonnenkollektoren. So wird etwa 1 Hektar, also 10.000 Quadratmeter PV-Fläche benötigt, um in Baden-Württemberg pro Jahr etwa 500.000 kWh Strom zu erzeugen. (www.solaranlagen.eu)

Die Situation in Baden-Württemberg

Der Stromverbrauch in Baden-Württemberg lag im Jahr 2017 bei 72,2 Mrd. kWh. (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg). Um diese Strommenge ausschließlich mit PV-Anlagen zu erzeugen würde eine Fläche von 144.400 Hektar benötigt.

Wohn- und Industrie- und Gewerbegebäude bedecken etwa 226.178 Hektar Bodenfläche. Realistisch erscheint es möglich, etwa 84.817 Hektar PV-Fläche auf Dächern in Baden-Württemberg zu installieren. Damit könnten etwa 42,4 Milliarden kWh Strom erzeugt werden.

2019 wurden etwa 8,625 Milliarden kWh aus bestehenden Wind-, Wasser- und Biogasanlagen ins Netz eingespeist. Diese Strommenge und die Menge aus den theoretisch möglichen Dach-PV-Anlagen ergibt etwa 51 Mrd. kWh.

Um dies zu erhöhen werden derzeit Versuche unternommen, Agrar- und Wasserflächen mit PV-Anlagen zu überbauen. Dies stellt aber einen massiven Eingriff ins Landschaftsbild dar.

Warum nicht die hässlichen und ökologisch wertlosen Verkehrsflächen wie Parkplätze und Straßen überbauen? Davon gibt es in Baden-Württemberg 102.000 Hektar. (Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2019)

Es gibt bereits gute Erfahrungen mit der Überbauung von Parkplätzen. Ein noch viel größeres Potential als Parkplätze bietet allerdings die Überbauung von Straßen. Dort könnten die Trägersysteme und die Überdeckung mit PV-Modulen auch zur Reduzierung des Verkehrslärms genutzt werden.

Tatsächlich überbaubar sind aber vermutlich nur etwa 6% der Verkehrsflächen, also 6.120 Hektar. Damit könnten noch einmal etwa 3 Milliarden kWh Strom pro Jahr erzeugt werden, immerhin 4,24 % des aktuellen Bedarfs.

Damit wären etwa 75 % des benötigten Stroms durch im Bundesland selbst erzeugte erneuerbare Energie abgedeckt. Aktuell liegt der Anteil bei 45 %.

Aktuell gibt es Forschungsprojekte zur Überbauung von Autobahnen

Dr. Martin Heinrich vom Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme Freiburg (ISE) leitet dort das Projekts „PV-Straßenüberdachung“. Er berechnete, dass mit einer Überbauung der deutschen Autobahnen 10% des gesamten deutschen Stromverbrauchs erzeugt werden könnten.

Mit einer Überbauung der B31 zwischen den Anschlussstellen Freiburg-Littenweiler und Buchenbach mit PV-Modulen könnte etwa 16% des gesamten Stromverbrauchs der Gemeinde Kirchzarten in einem Jahr gedeckt werden.

Die Visualisierung zeigt das Projekt „PV-Überbauung der A4“ in Österreich. Hier werden teiltransparente Module dargestellt, die etwas weniger Strom erzeugen, aber zu einer höheren Akzeptanz bei den Menschen führen sollen.

Quelle: LABOR3 Architektur GmbH



Mit einer Überbauung der deutschen Autobahnen könnten 10% des gesamten deutschen Stromverbrauchs erzeugt werden.



Dr. Martin Heinrich
Fraunhofer Institut für Solare
Energiesysteme Freiburg (ISE)

Die Zielsetzung des ISE-Projekts

- Energiegewinnung durch photovoltaische Module
- Flexibler Einsatz im hochrangigen Straßennetz
- Steigerung der Verkehrssicherheit (Fahrbahnzustand, Beleuchtung)
- Erhöhung der Dauerhaftigkeit und Erhaltung der Oberflächeneigenschaften der Fahrbahn durch Schutz vor Überhitzung, Niederschlägen
- Zusätzlicher Lärmschutz

Ziel des Projekts ist die Entwicklung eines Prototyps einer Photovoltaik-Straßenüberdachung, der Bau und die messtechnische Begleitung eines entsprechenden Demonstrators sowie die Evaluierung der photovoltaischen Aspekte und der möglichen positiven Nebeneffekte einer solchen Anlage.

Die konkrete Vision: B31 unter Strom – Überbauung mit PV-Modulen.

Die B31 auf der Gemarkung Kirchzarten hat zwischen den Anschlussstellen Freiburg-Littenweiler und Buchenbach eine Länge von etwa 7.000 Metern. Würde diese Fläche vollständig mit PV-Modulen überbaut, ergäbe sich bei einer Breite der Überbauung von etwa 13,5 Metern eine Gesamtfläche von etwa 9,45 Hektar. Aus dieser Fläche könnten etwa 4.725.000 kWh Strom pro Jahr gewonnen werden. Das wären etwa 16% des gesamten Stromverbrauchs der Gemeinde Kirchzarten in einem Jahr!

Die solare Einstrahlung unterliegt tages- und jahreszeitlichen Schwankungen von Null bis zum Maximalwert der Bestrahlungsstärke von etwa 1.000 W/m² (Wikipedia). Um sicher zu stellen, dass immer ausreichend Energie in die Stromnetze eingespeist werden kann, sind bei solchen Großanlagen Energiespeicher sinnvoll. Der Vorteil der zeitunabhängigen Nutzung gleicht entstehende Speicherverluste aus.

Wie kann das Projekt umgesetzt werden?

Betreiber einer solchen PV-Großanlage könnte die EWK sein. Oder eine Bürgerenergiegenossenschaft. Eine enge Kooperation mit dem ISE bietet sich an. Vermutlich sind auch Mittel aus der Forschungsförderung erhältlich.

Die Gesteungskosten für Strom aus erneuerbaren Energien sind inzwischen vergleichbar mit denen aus fossilen Brennstoffen. Mit steigendem CO₂-Preis wird sich dies zugunsten der Erneuerbaren weiter verbessern.

Jetzt braucht es nur noch ein paar weitere „Verrückte“, die das visionäre Projekt in Gang bringen. **Sind Sie dabei?** Dann eine kurze Mail an kontakt@spd-dreisamtal.de

■ Bernd Engesser

Weblinks:

www.energiezukunft.eu/erneuerbare-energien/solar/solardach-ueber-der-autobahn/
www.labor3.ch/portfolio/tst/
www.ise.fraunhofer.de/de/forschungsprojekte/pv-sued.html



Umdenken und Umlenken. Wir Verbraucher*innen und die Landwirtschaft

Wer weiß noch, was es heißt, seinen Salat selbst anzubauen und bis zur Ernte zu pflegen? Wenn wir öfter die Erfahrung dieses praktischen Tuns machen müssten, würde der Beruf der Landwirt*innen sicher eine höhere Wertschätzung erfahren und unsere Einkäufe wären nicht nur vom Blick auf die Preise bestimmt. Dann würde uns bewusst, was es bedeutet, seinen Unterhalt durch Milchwirtschaft, Gemüse- und Obstbau o.Ä. verdienen zu müssen und damit oft nicht einmal seine Existenz sichern zu können.

Doch was wäre der Schwarzwald und andere Erholungslandschaften ohne die bäuerliche Landwirtschaft? Wenn wir hier unterwegs sind, freuen wir uns über die schönen Ausblicke und die Vielgestaltigkeit der Landschaft, die es aber nicht gäbe, würden Landwirt*innen die Grünflächen nicht offenhalten.

Selten machen wir uns klar, wie schwer und zeitaufwendig beispielsweise die Arbeit an den steilen Wiesenhängen ist!

Klimabelastung durch industrielle Landwirtschaft

Landwirtschaft ist jedoch nicht nur ein Thema, wenn es um Verbraucherpreise und Landschaftsschutz geht. Sie spielt vielmehr eine zentrale Rolle bei Artenschutz und Klimawandel. Inzwischen ist nachgewiesen, dass die Landwirtschaft weltweit zu 31 % an den Klimagasemissionen beteiligt ist. Rechnet man alles zusammen, sind es sogar 40 %. Das trifft vor allem auf die großflächig betriebene industrielle Landwirtschaft zu. Sie ist seit Jahrzehnten Nutznießerin der Subventionen aus dem EU-Haushalt, deren Höhe sich bis jetzt ausschließlich nach der bewirtschafteten Fläche richtet. So erhalten 20 % der Betriebe 80 % der Direktzahlungen. Dabei hat man den dramatischen Rückgang von Pflanzen und Tieren sowie den Verlust der Bodenqualität und die Belastung des Grundwassers durch Mineraldünger und Pestizide in Kauf genommen. Seit Jahrzehnten setzt sich in Brüssel die Lobby der agrochemischen Industrie durch und hat mit unseren Steuergeldern unvorstellbare Summen

Ohne die bäuerliche Landwirtschaft würde der Schwarzwald sein typisches Gesicht verlieren.

Nicht zuletzt bedarf es des Verantwortungsbewusstseins von uns allen.

verdient – zu Lasten der Artenvielfalt, der Böden, des Wassers und letztendlich auch zu Lasten von uns Verbrauchern und Verbraucherinnen. Während aber die bäuerliche und vor allem die biologisch ausgerichtete Landwirtschaft, die kleinere Flächen bewirtschaftet und unsere Kulturlandschaft erhält, trotz Förderung der Höhenlandwirtschaft und anderer Zuschüsse, kaum noch überleben kann.

Mit der EU auf einen besseren Weg

Ende Oktober haben sich in Brüssel die EU-Staaten darauf geeinigt, dass 20 % der Direktzahlungen an die Teilnahme von Umweltprogrammen geknüpft sein sollen. Das EU-Parlament hatte sich sogar für 30 % ausgesprochen. Ein Kompromiss zwischen 20 und 30 % zeichnet sich ab. Die Umsetzung erfolgt erst ab 2023. Dagegen wehren sich nicht nur die Naturschutzverbände, sondern auch der für Klimaschutz zuständige Kommissar Timmermans. Er weist zu Recht darauf hin, dass Landwirte und Landwirtinnen Interesse daran haben, klimafreundlicher zu wirtschaften, auch weil sie in den letzten drei viel zu trockenen Jahren die Folgen des Klimawandels durch Ertragsminderung deutlich spürten. Timmermans spricht sich dafür aus, 25 % der Agrarflächen in der EU ökologisch zu bewirtschaften sowie den Einsatz von Pestiziden und Antibiotika um jeweils 50 % zu reduzieren. In den nächsten Monaten sind harte Auseinandersetzungen in Brüssel zu erwarten, und es wird Monate dauern, bis ein Kompromiss zustande kommt. Es ist aber höchste Zeit für ein Umdenken und Umlenken.

Umgang mit weiteren Aufgaben

Damit vom Aussterben bedrohte Pflanzen und Tiere sich wieder ansiedeln können, bedarf es eines Hörens auf die sachkundigen Landwirte und Landwirtinnen. Hilfreich kann hier auch das Engagement von Naturschutzorganisationen vor Ort sein. Nicht zuletzt bedarf es des Verantwortungsbewusstseins von uns allen.

■ Kristin Ulrich

„Weil Solidarität auch bei der Klimawende oberste Priorität haben muss.“

Warum sich junge Menschen in der SPD engagieren

Für mich und meine Generation gibt es vielseitige Gründe, sich politisch zu engagieren: Pandemie, steigende Temperaturen und Meeresspiegel, dazu eine stetig steigende Anzahl an Menschen die sich auf der Flucht befinden, Dürren, degradierte Böden, Artensterben und die Zunehmende Spaltung der Gesellschaft.

Doch warum dann in der SPD?

Die Rettung des Einen, hängt zwingend mit der Rettung des Anderen zusammen. Wie sollen neue, „grüne“ Märkte entstehen, wenn die Hälfte der Gesellschaft an der Armutsgrenze versucht ihre Existenz zu sichern? Wie können neue, kommunale Projekte entstehen, wenn die meisten Erwerbstätigen mit einer 40-Stunden- oder mehr-Woche an der Burn-Out Grenze kratzt? Hier bleibt sicherlich kein Platz für neue, innovative Ideen.

Auch auf globaler Ebene kann man den Gedanken weiterspinnen. Wie soll globale Klimapolitik entstehen, wenn sich einige Staaten auf Kosten mehrerer bereichern?

Es ist wohl nichts Neues, dass gerade für uns junge Menschen das Klimathema unsere top-list anführt. Dies erscheint mir auch nicht allzu verwunderlich, macht man sich einmal bewusst, dass unsere Zukunft davon abhängig ist, ob wir die Klimawende schaffen oder nicht. Für uns als Gesellschaft geht es darum, die Klimaziele von Paris zu erreichen und die menschengemachte globale Erwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen.

Eins steht für mich fest: Wir brauchen die Wende, jetzt und öko-sozial! Wenn wir die Krise schaffen, dann nur gemeinsam. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, waren für mich die zentralen Punkte – und diese werden es für unsere Zukunft sein!

■ Anna G., 20 Jahre, JUSO



Generationengerechtigkeit

Was bedeutet Generationengerechtigkeit? Sie ist nur umfassend zu verstehen; Gegenwart und Zukunft, Ökonomie und Ökologie, Jung und Alt – das alles muss mit bedacht werden.

Es geht um die gerechte Verteilung materieller Ressourcen und um die gerechte Verteilung von Lebenschancen mit dem Ziel eines freien, selbstbestimmten Leben für alle Menschen in jedem Lebensalter.

Generationengerechtigkeit bedeutet damit aber auch, dass jede Generation verantwortungsvoll im Hinblick auf nachfolgende Generationen leben muss. Materielle und finanzielle Ressourcen müssen sorgsam eingesetzt, irreversible Umweltschäden dürfen nicht hinterlassen werden.

Generationengerechtigkeit hat also sehr viel mit Solidarität und Verantwortung zu tun.

Altersarmut darf es in einem reichen Land wie Deutschland genauso wenig geben wie Kinderarmut.



Betreuungseinrichtungen für Senioren und Seniorinnen sind genauso wichtig wie Kinderbetreuung.



Generationengerechtigkeit bedeutet Chancen für Jung und Alt zu ermöglichen. Der Schlüssel dazu ist **Bildung** – und das ein Leben lang!

Teilhabe ein Leben lang! Auch alte Menschen sollen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, genauso wie Menschen mit Einschränkungen oder Familien mit geringem Einkommen.



Ein Leben in Würde für Jung und Alt – das **Gesundheitssystem** muss den Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht die Wirtschaftlichkeit. Das gilt für die Geburt eines Menschen, die Pflege im Alter und für einen menschenwürdigen Sterbeprozess.

Junge Menschen müssen in der Politik **Gehör** finden.



Wohnraum muss der Familiensituation entsprechend ausreichend und erschwinglich verfügbar sein. Während des Lock-Downs und den Schulschließungen kamen Familien mit geringem Einkommen und beengten Wohnverhältnissen schnell an ihre Grenzen. Auch die Ansteckungsgefahr ist da höher, wo Menschen weniger Wohnraum zur Verfügung haben.



■ Stephanie von Köller-Roesky

Älter werden – Pflege benötigen

In der Region hat sich viel getan

Lange Jahre gab es mit dem Altenpflegeheim in Kirchzarten – heute Oskar-Saier-Haus – nur eine stationäre Pflegeeinrichtung für Senior*innen im Dreisamtal. Dort einen Platz zu bekommen war schwierig, die Wartelisten lange. Dasselbe galt für das Betreute Wohnen sowohl im Oskar-Saier-Heim als auch in der Pater-Middendorf-Anlage in Stegen. Die Plätze waren knapp, auch hier die Wartelisten sehr lange.

Doch in den letzten zehn Jahren hat sich sehr viel getan. Inzwischen finden sich in und um das Dreisamtal eine Vielzahl an Einrichtungen, in denen ältere und auf Hilfe angewiesene Menschen wohnortnah passende Betreuungsangebote finden können.

Dazu gehören beispielsweise **Tagespflegeangebote**, in denen die Senior*innen tagsüber betreut werden, ansonsten aber noch zu Hause leben. 2016 startete die erste Tagespflege in Stegen, inzwischen gibt es Tagespflegegruppen auch im Oskar-Saier-Haus, in Oberried, Breitnau und ganz neu in St. Peter. Die Besucher der Einrichtungen bekommen die nötige pflegerische Betreuung, doch im Vordergrund steht die Aktivierung. Gemeinsame Aktivitäten und der Kontakt zu anderen spielen eine wichtige Rolle, um Vereinsamung vorzubeugen.

Eine relative neue Entwicklung sind **Pflege-Wohngemeinschaften**, die die dezentrale Versorgung pflegebedürftiger Menschen ermöglichen. Früh realisiert wurden solche Wohngemeinschaften in Ebnet und im Birkenhof. Jeder Bewohner mietet in solch einer Wohngemeinschaft sein eigenes Zimmer. Gleichzeitig wird ein ambulanter Pflegedienst beauftragt, der in der Wohngemeinschaft präsent ist. Ergänzt wird die Betreuung durch Alltagsbegleiter*innen, so dass sowohl die Pflege als auch die Aktivierung der Bewohner rund um die Uhr gewährleistet sind.



Tagescafé in der Sonnehöhe Breitnau

Auch in Stegen ist schon lange klar, dass mit dem Betreuten Wohnen in der Pater-Middendorf-Anlage der Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten für ältere Menschen nicht gedeckt werden kann. Der Verein **Miteinander Stegen** hat zusammen mit dem Gemeinderat bereits unter Bürgermeister Kuster die Idee des Begegnungshauses entwickelt. Es fanden Einwohner*innenversammlungen statt, in denen schon realisierte Projekte vorgestellt wurden, und es wurde eine Bürger*innenbefragung durchgeführt. Auf dieser Basis entwickelte Miteinander Stegen ein Konzept, dessen Umsetzung aufgrund eines Bürgerentscheids und Klagen gegen den Bebauungsplan verzögert wurde. Für 2021 ist der Baustart für das Begegnungshauses, in das zwei ambulante Pflege-Wohngemeinschaften, eine Tagespflege-Einrichtung und ein Begegnungscafé einziehen werden, geplant.

Das Stegener Konzept wurde von Oberried aufgegriffen und für den **Ursulinenhof** angepasst. Als **genossenschaftliches Bürgerprojekt** konnten dort zwei Pflege-Wohngemeinschaften, eine

Tagespflegeeinrichtung und Wohnungen für das betreute Wohnen realisiert werden.

Ein ähnliches Angebot gibt es in der **Sonnehöhe in Breitnau** mit Wohnungen für das Betreute Wohnen, zwei Pflege-Wohngemeinschaften, einer Tagespflegegruppe und einem Tagescafé, das der gesamten Bevölkerung offen steht. Betrieben wird die Sonnehöhe von einem freien Träger der Altenhilfe. Aber die Gemeinde – Bürgermeister und Gemeinderat – forcierten dieses Projekt, damit den Breitnauern Bürgern eine derartige Einrichtung zur Verfügung steht.



Tagespflege in St. Peter

In **St. Peter** gelang es, neben den zwei Tagespflegegruppen, die ungeheuer nachgefragt sind, auch den Pflegestützpunkt eines ambulanten Pflegedienstes anzusiedeln. Außerdem entstanden in dem neu errichteten Gebäude barrierefreie Wohnungen, die sich für älter werdende Menschen eignen. So haben sie Tagespflege und Pflegedienst gleich mit im Haus. Auch hier zogen Bürgermeister, Gemeinderat, Kirche, der Spitalfond und Unternehmer vor Ort an einem Strang, um diese wichtige Infrastruktureinrichtung für St. Peter zu verwirklichen.

Auch im **Oskar-Saier-Haus** stand die Zeit nicht still. In den letzten Jahren wurde sehr viel Geld investiert und es entstanden ebenfalls neue Wohnformen, eine Tagespflegeeinrichtung und sogar eine Kita für Unter-Dreijährige. Die Pflegeeinrichtungen müssen nämlich ihr Personal im Blick haben. Angesichts des herrschenden Fachkräftemangels ist es ein Standortvorteil, wenn der Arbeitgeber einen Kinderbetreuungsplatz zu bieten hat.

Neben all diesen Angeboten spielt natürlich auch der ambulante Pflegedienst eine wichtige Rolle, denn die meisten der pflegebedürftigen Menschen leben zu Hause. Das spiegelt den Wunsch wider, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden eigenständig und selbstbestimmt wohnen zu können. Deshalb sind vielfältige Angebote und Konzepte so wichtig.

Das Dreisamtal und der Hochschwarzwald haben auf den **demographischen Wandel** reagiert. Auch dank bürgerschaftlicher Initiativen, das von den politisch Verantwortlichen aufgegriffen und unterstützt wurde, konnte eine dezentrale und differenzierte Infrastruktur an Altenpflegeeinrichtungen entstehen.

Doch eine gute Infrastruktur alleine genügt nicht. Menschenwürdige Pflege und Betreuung braucht qualifiziertes und engagiertes Personal. **Deshalb rückt sozialdemokratische Gesundheits- und Pflegepolitik den Menschen in den Mittelpunkt.** Für die SPD ist klar: wer in der Kranken- oder Altenpflege arbeitet, verdient mehr als nur Anerkennung. Nötig sind gute Löhne, klare Personalschlüssel und gute Arbeitsbedingungen. Applaus alleine reicht nicht!

■ Dagmar Emgesser



Den eigenen Horizont erweitern

Asien und Afrika im Dreisamtal

Seit fünf Jahren bin ich in der Flüchtlingshilfe tätig, zusammen mit engagierten Frauen und Männern im Helferkreis für Geflüchtete in Stegen, unter dem Dach des DRK. Ich habe mich mit mehreren Frauen und Männern speziell für Deutschunterricht entschieden. Angefangen haben wir im Frühjahr 2015 mit einer Gruppe von geflüchteten jungen Männern und mit jungen Familien. Ziemlich schnell stellte sich heraus, dass das Lernen in größeren Gruppen nicht möglich war. Daraufhin boten wir Lerngruppen nur für Frauen oder nur für Männer an. Inzwischen wird in Einzelunterricht gearbeitet. In den ersten beiden Jahren gab es für Geflüchtete nach und nach immer mehr Möglichkeiten in offiziellen Integrations- und Sprachkursen unterzukommen. Wir „Deutschlehrer“ begleiteten und unterstützten sie dabei.

Hier die Schilderung dreier eindrücklicher Erfahrungen:

Ein junger Mann mit dem starken Wunsch unsere Sprache zu lernen kam 2014 von Westafrika auf langen Umwegen durch Saharastaaten übers Mittelmeer und Lampedusa nach Deutschland und schließlich ins Dreisamtal. Er hatte in der Heimat mehrere Jahre eine Koranschule besucht, wo der Koran auf Arabisch gelesen wurde. Eine andere Schule konnten seine Eltern nicht bezahlen. Außer seiner Muttersprache beherrschte er afrikanisches Englisch, allerdings nur mündlich. Also fing er in Deutschland mit dem ABC und unserer lateinischen Schrift an. In den beiden Jahren in Stegen und in Kursen lernte er fleißig, so dass er den Alltag gut in deutscher Sprache bewältigte. Er fing auch an, einfache englische Texte zu lesen. Doch der Asylantrag wurde abgelehnt, seine Arbeit in einer Dreisamtaler Firma verboten, eine Eingabe bei der Härtefallkommission in Stuttgart ebenfalls abgelehnt. Er lebte mit der dauernden Angst zur Abschiebung abgeholt zu werden, auch nachts; das ist möglich in einer Notunterkunft. Er hat dieses Leben hier nicht ausgehalten und ist untergetaucht. Wir wissen nicht wo er jetzt ist.

2014 verließ ein junger Mann seine kriegsverwüstete Heimat, wo er eine gute Schulbildung und ein Studium absolviert hatte. Englisch und Französisch hatte er schon in der Schule gelernt, so fiel ihm das Lernen seiner dritten Fremdsprache Deutsch relativ leicht. Er machte eine Lehre und arbeitet nun in diesem Beruf. Er kam mit der Bitte um Hilfe in der deutschen Sprache zu uns,

es ging ihm darum viel Deutsch zu sprechen und so die Sprache besser kennenzulernen. Also alles gut? Immer wieder ging es bei den Treffen um Wohnungsprobleme, um das Entziffern von Kleinanzeigen, um die Formulierung einer Anzeige für eine Wohnungssuche. Mehrere Male fand er ein Zimmer oder eine kleine Wohnung. Er hielt es dort nicht lange aus: Zu fremd war und ist es ihm, sich in unsere Kultur des Wohnens, des Umgangs mit dem Vermieter und mit Nachbarn einzufinden, sich zu gewöhnen oder sich anzupassen. Das allein zu leisten ohne seine Familie im Hintergrund war schwer. Er sucht wieder eine Wohnung.

Seit über fünf Jahren treffen wir uns beim „Deutschlernen“ ein- oder zweimal die Woche, ich und die junge Frau aus Afrika mit ihrem Kind, selten ist ihr Partner dabei. Sie hat die Flucht nach Spanien geschafft, ihr Kind in Frankreich geboren, ist mit Kind und Partner nach Deutschland gekommen. Bewundernswert, was diese Frau in ihrem Leben geschafft hat, eine Überlebenskünstlerin! Aber die Schwierigkeiten, hier ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben aufzubauen, waren und sind riesig. Geprägt vom harten Frauenleben in der Heimat, mehrmalige Flucht und Leben im Untergrund haben zerstörende Spuren hinterlassen, die Neues zu lernen stark abbremsten und zu unüberwindbaren Hindernissen wurden. Ein ebenso großes Hindernis, die neue Sprache aufnehmen zu können, war die fehlende Schulbildung. Jetzt nach vielen Jahren in Deutschland mit vielseitigen Unterstützungen verdient sie ihren Lebensunterhalt zum Teil selber. Und nach mehreren Deutschkursen steht sie vor der Prüfung, den Deutschlevel A1 oder A2 zu erreichen. Die drohende Abschiebung besteht weiterhin und wirkt weiter, lähmend.

Mein Fazit: Die Geflüchteten müssen so viel lernen für ihren Start in Deutschland. Ihnen fehlt oft die Familie: die Betreuer, Paten oder Lehrer können nur sehr begrenzt Ersatz dafür sein. Das monate- und jahrelange Leben mit der Ungewissheit in Deutschland bleiben zu dürfen ist zermürbend. Die Ehrenamtlichen lernen ebenfalls: Der eigene Horizont wird erweitert. Ganz wichtig: Man muss nicht nach Afrika oder Asien reisen, die vielfältige Kultur anderer Erdteile ist näher gerückt.

■ Margret Wassermann

Das lange Warten

Wie ein Antrag auf Familiennachzug die Trennung scheinbar endlos macht. Eine Chronologie der Unerträglichkeit.

Asylantrag der Stambberechtigten (Mutter der antragstellenden minderjährigen Kinder) aus Somalia

2016

Dezember Anerkennung des Flüchtlingsstatus der Stambberechtigten nach Genfer Konvention

Antrag auf Familiennachzug der minderjährigen Kinder bei der deutschen Botschaft in Nairobi (Kenia). Diese bearbeitet auch Anträge somalischer Staatsbürger, da in Somalia keine deutsche Botschaftsvertretung

2017

Januar Fristgerechte Beantragung des Familiennachzuges

2018

März Ankunft der Kinder mit Betreuerin in Nairobi. Registrierung als Antragsteller eines Familiennachzuges in der deutschen Botschaft

April Zusendung der Registrierungsnummer durch die deutsche Botschaft an die Antragsteller

Sommer Ein DNA-Test bestätigt die Mutterschaft für alle 5 Kinder

August Botschaft bestätigt den Eingang der Unterlagen zum Antrag (eingereicht von IOM = internationale Organisation für Migration der UN)

Weiterleitung der Unterlagen durch die Botschaft an die zuständige deutsche Ausländerbehörde (AB)

Dezember Auf Nachfrage der Stambberechtigten noch kein Eingang der Unterlagen bei AB (4 Monate nach Eingang Unterlagen bei Botschaft)

Bearbeitung (und Entscheidung) des Antrags auf Familiennachzug durch die Ausländerbehörde

2020

19. Juni Eingang der Unterlagen (Anträge auf Familiennachzug) bei der AB (10 Monate nach Eingang der Unterlagen bei der deutschen Botschaft)

Ende Juni Einschaltung eines Rechtsanwaltes

Juli Anruf durch Stamberechtigte in Botschaft, Info der Botschaft: „Das OK zum Nachzug muss von AB kommen“

25. August Übermittlung der Unterlagen von der AB an die Botschaft (per E-Mail). Darin bedingte Zustimmung zur Ausstellung der Visa, in Abhängigkeit der Beurteilung einer Erklärung der Stambberechtigten zum Verbleib des Vaters durch die Botschaft. (2 Monate nach Eingang der Unterlagen bei der AB). Von diesem Vorgang (Übermittlung der Unterlagen und bedingten Zustimmung an die Botschaft) erfolgte keine Mitteilung an die Antragsteller, Stamberechtigte, Rechtsbeistand

5. Oktober Aufforderung des Anwalts an AB und Botschaft, offene Fragen direkt zwischen AB und Botschaft zu klären und auf das Verweisen der Zuständigkeit der jeweils anderen Stelle gegenüber des Anwalts zu verzichten

6. Oktober Anfrage von AB bei Botschaft mit der Bitte um Sachstandsbericht (auf Druck des Anwalts 5 Wochen nach Übermittlung Unterlagen von AB an Botschaft, s. 25.08.2020)

20. Oktober Nachfrage des Anwalts bei AB zum Verfahrensstand

27. Oktober Info von AB an den Anwalt über das Vorgehen am 25.08.2020

27. Oktober Schreiben des Anwalts an AB, Hinweis auf Rechtslage, nach dieser alleinige Entscheidungsbefugnis der AB und keine Versagungsgründe für den Familiennachzug erkennbar. Dringliche Bitte der Information des Rechtsbeistandes über wesentliche Verfahrensschritte der AB (Entscheidungen, offene Fragen, fehlende Unterlagen).



Unser Appell an Bundesaußenminister Heiko Maas ist auf der Homepage des SPD-Ortsvereins www.spd-dreisamtal.de nachzulesen.